

# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 11.

Berlin, den 10. Juni 1917.

12. Jahrgang.

## Mittwoch, den 13. Juni: Zahlabend in Groß-Berlin.

### Internationales.

Berlin, 6. Juni 1917.

Die Augen der ganzen Welt sind nach wie vor auf Stockholm gerichtet. Es kann nicht geleugnet werden, daß die internationalen Vorgänge der letzten Tage der sozialistischen Friedenskonferenz immer größere Bedeutung geben. Aber es wäre falsch, schon heute mit hochgespannten Erwartungen für den Frieden dem Ausgang der Konferenz entgegenzusehen, wie es auch falsch wäre, die Stockholmer Verhandlungen als ganz zwecklos und unfruchtbar anzusehen. Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, daß die Konferenz nur Vorarbeit für den Frieden leisten kann. So wie die Machtverhältnisse in den einzelnen Ländern, einzig und allein von Rußland abgesehen, liegen, bleibt der tatsächliche Friedensschluß der Regierung und ihrer Diplomatie vorbehalten. Wenn die Stockholmer Auseinandersetzungen nach monatelangen Vorverhandlungen und Diskussionen nichts anderes zeitigen sollten, als die Einigung auf eine „Formel“ voll schöner Worte, die zu nichts verpflichtet, werden die kriegsführenden Regierungen es nicht so eilig haben, sich auch nun ihrerseits an einen Kongreßschluß zu setzen und die Artikel des wirklichen Friedensvertrags zu formulieren. Für alle leitenden Staatsmänner wird dann auch weiterhin die Parole: „Frieden durch den Sieg“ das Leitmotiv bleiben, und das Völkergemebel, der Welt Hunger und das Weltelend können noch auf lange hinaus der zermarterten Menschheit neue Folterqualen zufügen. Das Furchtbare wird aber Ereignis werden, wenn die Stockholmer Konferenz den Sozialisten der Internationale keine gebundene Marschroute mit auf den Weg gibt, — Anweisungen, die die Sozialdemokratie jedes einzelnen Landes verpflichten, nichts mehr direkt oder indirekt zu tun, was das Völkerringen nur um eine Stunde verlängern könnte, wohl aber alle, in den einzelnen Ländern möglichen Mittel anzuwenden, die Volksmassen, die Hauptträger der internationalen Friedenssehnsucht und des internationalen Friedenswillens, zum Kampfe gegen alle kriegsverlängernden Mächte mobil zu machen. Die Stockholmer Konferenz muß der sozialistischen Partei eines jeden Landes die unweigerliche Verpflichtung auferlegen, in den Parlamenten zunächst eine klare, entschiedene und rückhaltlose Friedens- und nichts als Friedenspolitik zu treiben. Alles Theoretisieren über Verteidigungs- oder Eroberungskrieg, alle Rücksichtnahme auf die Kriegslage usw. darf jetzt, nachdem nach dreijährigem Gemebel der wirkliche, zerschmetternde militärische Sieg von keiner der ringenden Mächtegruppen erzwungen worden ist, verschwinden gegenüber der Aufgabe, den Völkern den Frieden wiederzugeben und die zahllosen Wunden, aus denen die Menschheit blutet, zu heilen.

Gibt die Stockholmer Konferenz diese gebundene Marschroute nicht, haben alle ihre Verhandlungen im günstigsten Falle nur akademischen Wert. Gibt sie sie aber, dann haben alle die Sozialisten, die nach der Rückkehr in ihre Heimat nur einen Fingerbreit davon abweichen, ein für allemal das Recht verwirkt, den Namen Sozialisten zu führen und sich als Sachwalter des Proletariats auszugeben. Darum legt die Stockholmer Konferenz den vielen Millionen der proletarischen Internationale die Verpflichtung auf, mit gespannter Aufmerksamkeit den Vorgängen in der skandinavischen Hauptstadt zu folgen und dafür zu sorgen, daß dabei nicht bloß ein sozialistisch drapiertes Diplomatenwerk zustande kommt. Jeder einzelne Proletarier hat sich dafür einzusetzen, daß die wirklich friedensfördernden Stockholmer Beschlüsse nicht in dem Kongreßprotokoll auf dem

Papier stehen, sondern so schnell und so energisch als möglich in Friedenstaten umgesetzt werden.

Zwei Aufgaben sind es, die nach unserer Uebersetzung die Stockholmer Konferenz zu erfüllen hat: einmal hat sie gründliche und energische Vorarbeit für den Frieden zu leisten, zweitens hat sie die Wiedergeburt der proletarischen Internationale in die Wege zu leiten. Beide Aufgaben hängen innerlich zusammen, die erste ist aber die wichtigste. Von ihr hängt das Leben von Hunderttausenden ab, sie ist von ausschlaggebender Bedeutung für die wirtschaftliche und kulturelle Zukunft der ganzen Welt. Diese Aufgabe ist so gewaltig und von so welterlösender Tragweite, daß alle regierungssozialistische und sozialpatriotische Diplomatie ebensosehr wie alle radikal-dogmatische Rechtshaberei unter ihrer Wucht zermalmt werden muß. Anders ist es mit der Wiedergeburt der Internationale. Hier muß unbedingt mit aller Schärfe in die Irrgänge des internationalen Sozialismus während der Kriegszeit hineingeleuchtet werden, hier müssen die falschen Propheten und unzuverlässigen Führer vor das Gericht der Internationale gezogen werden, wie auch den Massen gesagt werden muß, wo sie stumpf, energielos und allzu autoritätsgläubig gewesen sind. Aus diesem Gerichtstage aber und aus den blutigen Lehren der Weltkatastrophe wie aus den durch den Krieg bewirkten Umwälzungen des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens der Völker muß eine neue Internationale entstehen, die ihren Gliedern klarschriebene und festverbindliche Pflichten auferlegt und die Verwirklichung des Sozialismus nicht in nebelgraue Fernen verschiebt. Aber diese Internationale kann erst zum vollen Leben erwachen, wenn der Kriegszustand mit seiner Zensur und seiner Unterbindung der politischen Betätigung des Proletariats in den einzelnen Ländern geschwunden ist. Auch in dieser Frage kann in Stockholm nur Vorarbeit geleistet werden.

Es ist sicher für den einfachen Arbeiter nicht leicht, sich in den verworrenen Vorgängen, die seit Wochen mit der Konferenz im Zusammenhange stehen, zurecht zu finden. Denn die Konferenz ist schon jetzt nicht bloß eine Zusammentunft irgendwelcher Sozialisten verschiedener Länder, sie hat überall auch das politische Leben sehr stark beeinflusst. In allen Ländern haben die Regierungen zu ihr Stellung nehmen müssen. Sie hat aber auch die Internationale der Kriegsheker und Kriegstreiber mobil gemacht. Aus dem Lager der Entente wie aus dem der Mittelmächte lassen diese ihre Schlachttrompeten gegen Stockholm erschallen. Hier will man nur einen „französischen“ oder „englischen Frieden“, dort ruft man mit aller Lungenkraft nur nach einem „deutschen Frieden“. Aber es ist ein Glück, daß dieses friedensfeindliche Kampfesgeschrei übertönt wird von einer ehernen Stimme, die auf allen Seiten gehört wird und überall Eindring macht. Es ist das die Stimme des revolutionären russischen Proletariats, dessen Wortführer, der Arbeiter- und Soldatenrat, am 3. Juni in der Friedensfrage ein neues Machtwort gesprochen hat, das hoffen läßt, daß in den nächsten Wochen doch noch eine fruchtbare Friedensvorarbeit geleistet werden kann. Das russische Proletariat ist an das internationale Proletariat mit folgendem Aufruf herangetreten:

Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats veröffentlicht folgenden Aufruf an die sozialistischen Parteien und Hauptverbände der Welt:

Am 28. Mai richtete der Arbeiter- und Soldatenrat einen Aufruf an die Völker der Welt, in dem er die europäischen Völker zu entscheidendem und gemeinsamem Vorgehen zugunsten des Friedens aufforderte.

Der Arbeiter- und Soldatenrat und mit ihm die ganze Demokratie haben auf ihr Banner einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen geschrieben, der auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruht. Die russische Demokratie hat die erste vorläufige Regierung zur Anerkennung dieses Programms gezwungen und der ersten vorläufigen Regierung, wie dies die Ereignisse vom 3. und 5. Mai bewiesen haben, nicht gestattet, davon abzuweichen. Die zweite vorläufige Regierung stellte auf Drängen des Arbeiter- und Soldatenrates dieses Programm an die Spitze ihrer Erklärung.

Am 9. Mai beschloß der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats die Anregung zur Einberufung einer zwischenstaatlichen sozialistischen Konferenz zu geben, und am 15. Mai richtete der Arbeiter- und Soldatenrat einen Aufruf an die Sozialisten aller Länder, in dem er sie zum gemeinsamen Kampf für den Frieden aufforderte.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ist der Ansicht, daß das Ende des Krieges und die Herstellung des Weltfriedens durch die gemeinsamen Interessen der Arbeitermassen und der gesamten Menschheit gefordert wird. Dies kann die sozialistische Demokratie nur durch die vereinigten zwischenstaatlichen Bemühungen der Arbeiterparteien und Kandidaten der kriegsführenden und neutralen Länder im Interesse eines tatkräftigen und zähen Kampfes gegen das allgemeine Gemebel erreichen.

Der erste notwendige und entscheidende Schritt zur Begründung einer solchen zwischenstaatlichen Bewegung ist die

**Einberufung einer zwischenstaatlichen Konferenz,** deren Hauptaufgabe es ist, eine Uebereinstimmung zwischen den Vertretern des sozialistischen Proletariats hinsichtlich der **politischen Abrechnung mit der „arbeiteten Verbündeten“ zwischen Regierungen und imperialistischen Klassen**

zu erzielen. Eine zwischenstaatliche Uebereinstimmung zur Abrechnung mit dieser Politik ist im allgemeinen die notwendige Voraussetzung für die Organisation des Kampfes auf breiter und zwischenstaatlicher Grundlage. Die Einberufung der Konferenz wird ebenso gebieterisch von den gemeinsamen Lebensinteressen des Proletariats wie aller Völker gefordert. Die Parteien und Vereinigungen der Arbeiterklassen, die diese Meinungen teilen und bereit sind, ihre Bestrebungen zu vereinigen, um sie zu verwirklichen, werden vom Arbeiter- und Soldatenrat aufgefordert, an der von ihm einberufenen Konferenz teilzunehmen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat wählt als Ort der Konferenz Stockholm und als Zeit der Zusammenkunft

die Tage zwischen dem 28. Juni und dem 8. Juli.

Wir müssen es uns verlagern, auf die hochpolitische Bedeutung der in diesem Aufruf enthaltenen Kampfanzeige gegen die imperialistischen Gewalten näher einzugehen. Soweit die Konferenzfrage als solche aber in Betracht kommt, bedeutet der Aufruf des russischen Arbeiter- und Soldatenrates nach unserer Meinung einen tüchtigen Schritt nach vorwärts. Wir erinnern daran, daß, so wie die Dinge bis jetzt lagen, eine Zersplitterung der Stockholmer Zusammentunft zu befürchten war. Die Führung hatte bisher in der Konferenzangelegenheit das skandinavisch-holländische Komitee unter der Leitung Troelstras und Brantlings. Daneben hatte aber auch das Zimmerwalder internationale sozialistische Komitee eine Konferenz der ihnen angeschlossenen Parteien und Gruppen geplant. Ueber die vom russischen Arbeiter- und Soldatenrate beabsichtigte Konferenz bestand aber bis jetzt keine Klarheit. Das ist durch den Aufruf und die Festsetzung der russischen Konferenz anders geworden. Damit ist, so glauben wir, der Konferenz der gemeinsame Boden

und der gemeinsame Rahmen gegeben worden. Das russische Proletariat hat es durch die Tat bewiesen, daß es ein entschiedener Vorkämpfer für einen fruchtbareren Verständigungsfrieden ist und in Treue zu den Grundforderungen des internationalen Sozialismus steht. Kein Sozialist, der noch Wert auf diesen Namen legt, mag er im sozialpatriotischen oder extrem-radikalen Lager stehen, kann sich der Autorität des russischen Proletariats entziehen. Die von diesem einberufene Konferenz muß für alle in Stockholm vertretenen Glieder der Internationale die Stätte sein, an der sie von ihrem Friedenswillen und ihrer Friedensenergie Zeugnis abzulegen haben. Vor einen Richtertisch zu treten, an dem die Wortführer des russischen Proletariats den Vorsitz führen, kann sich kein Regierungssozialist und kein Sozialpatriot weigern. Tut es einer von ihnen, so wäre er sofort als elender Friedensheuchler entlarvt. Ebenjowenig kann dogmatischer Formalismus sich von der Konferenz der russischen Genossen fernhalten, denn die Massen des internationalen Proletariats erwarten mit fieberhafter Ungeduld, daß der lebendige Friedensgeist des russischen Proletariats auch in ihre Länder herüberwehe und dort die Friedenssaat zum Sprießen bringe. Sie wird für Eigeninn und Rechthaberei kein Verständnis haben. Man kann schon jetzt sicher sein, daß die internationalen Regierungssozialisten vor einem Forum, wie es die russische Konferenz sein wird, keinen leichten Stand haben werden und daß ihnen Verpflichtungen auferlegt werden, deren Erfüllung ihnen nicht allein blutsauer werden wird, sondern auch die Verurteilung ihrer ganzen bisherigen Kriegspolitik bedeutet. Die Zimmerwalder aber werden für ihre Grundforderungen und Anschauungen, denen auch wir zustimmen, bei den Russen volles Verständnis finden. Dabei wird aber sicher mancher künstlich konstruierte Meinungsstreit und manche eigensinnig errichtete Schranke fallen. Und das wird im Interesse einer großzügigen und wirksamen Friedensarbeit wie für die Neugestaltung der Internationale nur zu begrüßen sein.

Wir sind also der Meinung, daß die Verhandlungen in Stockholm sich in der vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufenen Konferenz zu konzentrieren haben, daß sowohl die Konferenz des skandinavisch-holländischen Komitees wie die der Zimmerwalder in ihr aufgehen. Mag das skandinavisch-holländische Komitee seine Vorbesprechungen mit den einzelnen Sektionen der Internationale abhalten und darüber lange Berichte in die Welt senden. Das alles hat nur unverbindlichen, höchstens informatorischen Wert. Das letzte und entscheidende Wort hat die Konferenz des russischen Arbeiter- und Soldatenrates zu sprechen. Und in jedem von uns muß dieses Wort widerhallen und tatbereiten Willen wecken.

### Koalitionsregierung?

Von Rud. Breitscheid.

Die Schaffung eines Koalitionsministeriums kann in einem demokratischen Staatswesen zweierlei Ursachen haben. Entweder ist eine einzelne Partei ziffernmäßig zu schwach, um allein ein auf einandermaßen feinen Füßen stehendes Kabinett zu bilden, oder der Ernst der Zeit verlangt die Zusammenfassung aller Kräfte, die Verteilung der Verantwortungslast auf möglichst viele Schultern und damit die Einschränkung der parlamentarischen Kritik und Opposition. In diesem Falle ist das Koalitionsministerium die praktische Anwendung des Gedankens vom Bürgerfrieden.

In den führenden Staaten der Entente hat man dementsprechend gehandelt: Die französische und italienische Regierung schufen sich die erweiterte Grundlage, sobald sie in den Krieg eintraten, in England nahmen die Liberalen die Unionisten und die Arbeiterpartei mit in ihr Schiff, als die Kriegswogen höher zu gehen anfingen, und in Rußland ergab sich aus der Beseitigung des Absolutismus die Gemeinschaftsarbeit der revolutionären Gruppen.

Aus naheliegenden Gründen kam für Deutschland, Oesterreich und Ungarn das System des Koalitionsministeriums bisher in Frage. Dem Deutschen Reich ist der Parlamentarismus fremd, in Oesterreich wurde seit Beginn des Krieges unverhüllt absolutistisch regiert, in Ungarn unterdrückte Tisza mit eiserner Faust die Regungen der Opposition, und — was das wichtigste war — die militärische Lage machte in den mitteleuropäischen Staaten eine Verteilung der Verantwortung weder erforderlich, noch für die Regierenden wünschenswert.

Zimmerhin ist der Plan, das Beispiel der Entente nachzuahmen, wenigstens in den beiden Ländern, die sich überhaupt einer Volksvertretung erfreuten, verschiedentlich erörtert worden. In Ungarn gewann er neuerdings greifbare Gestalt, als Tisza der Wahlreform wegen seinen Abschied nahm, und in Deutschland beschäftigt die Idee auch gerade jetzt wieder die Gemüter.

Es gibt Leute, die in ihrer Verwirklichung das Ziel sehen, aus einer Situation herauszukommen,

in der der Reichszanzer den beständigen Angriffen von der Seite der „nationalistischen“ Elemente ausgesetzt ist, und in der dieser Reichszanzer sich hauptsächlich nur deswegen einer sicheren parlamentarischen Mehrheit erfreut, weil er seine Ziele im Unklaren läßt. Ihn durch einen Mann nach dem Herzen der Konservativen und Altdemokraten, hieße die Schwierigkeiten nicht vermindern, sondern erhöhen, solange man sich nicht entschließen könnte, das Parlament vollkommen auszuschalten, und so bietet sich denn eine Art von Koalitionsregierung auch denen als Ausweg, die an sich lebhaft Bedenken gegen ein Eintreten in demokratische Bahnen hegen.

Was in gewissen Kreisen dem Gedanken dann noch eine besondere Werbekraft verleiht, ist die Rücksicht auf die Stimmung, die sich des Volkes möglicherweise nach Beendigung des Krieges bemächtigen wird. Man fürchtet, wenn die Erwartungen, die die alldemokratische Agitation bei der großen Zahl der Unbefonnenen erweckt hat, sich nicht verwirklichen, eine Verärgerung, die nicht nur beim Kanzler, sondern möglicherweise auch von allen Regierungskreisen unliebsam empfunden werden könnte, und man fürchtet darüber hinaus für die Zeit nach dem Kriege einen Wetterumschlag ganz allgemein. Manche unbequeme Frage wird gestellt und mancher Schleier gelüftet werden, manche lang zurückgehaltene Kritik wird sich von ihren Fesseln befreien, und viele, die schweigen mußten, werden reden — da erscheint es nicht unangebracht, durch eine Regierung, die sich aus Vertrauensmännern von möglichst vielen Parteien zusammensetzt, einen Damm zu schaffen, an dem sich die erregten Wogen brechen.

Eine deutsche Koalitionsregierung wäre also nicht sowohl aus dem demokratischen Willen geboren, sie hätte vielmehr zunächst die Aufgabe, die Träger des bestehenden und demokratischen Systems zu schützen. Das heute tatsächlich bestehende Verhältnis zwischen dem Kanzler und der Reichszanzer würde gewissermaßen verbriefet und besiegelt. Die Parteien würden ihre Führer in die Regierung entsenden, um sich selbst außer Stand zu setzen, die Regierung anzugreifen. Indem sie die Staatssekretärposten übernehmen, ließen sie Gefahr, sich selbst zu weiseln zu machen.

Und nicht zu weiseln allein, sondern auch zu einer Art von Prügelknaben. Das ergibt sich aus den staatlichen Umständen des Deutschen Reiches, das nur einen verantwortlichen Minister, eben den Reichszanzer kennt. Die Staatssekretäre sind die Gehilfen des leitenden Staatsmanns und haben nach Wortlaut und Sinn der Verfassung auf den Kurs des Staatsschiffes keinen Einfluß. Die Parteivertreter also, die sich entschließen, Posten in der Regierung zu übernehmen, läßen sich nicht nur mit der Erbchaft der Vergangenheit befaßt, sondern hätten auch noch die moralische Verantwortung für eine Politik zu übernehmen, deren Charakter und Richtung von ihnen nicht bestimmt wird.

Diese Politik aber wäre nicht einmal eine solche, die im ausschließlichen Interesse des Reiches betrieben wird, denn der Reichszanzer ist gleichzeitig preussischer Ministerpräsident und Träger der preussischen Stimmen im Bundesrat. Er ist mit starken Fäden an Preußen gebunden, und da es in Preußen im Gegensatz zum Reich ein Kollegium von Ministern gibt, ist er in seiner Reichspolitik zum guten Teil abhängig von den geheimräthlichen Bureaokraten, die mit ihm zusammen die Regierung des größten Bundesstaates bilden, und diese wieder sind ihrer Herkunft und ihrem Seelenzustand nach stets bereit, den Wünschen der konservativ orientierten Mehrheit des preussischen Landtags Rechnung zu tragen. Während im Reich sich jede Regierung eine gefügige parlamentarische Mehrheit zu verschaffen weilt, erfreut sich die parlamentarische Mehrheit in Preußen einer ihr gefügigen Regierung, und so bilden im letzten Endes die Figuren der Staatssekretäre berufenen Vertreter der Parteien nur die Fassade, hinter der sich mit um so größerer Sicherheit der preussisch-reaktionäre Einfluß im Reich Geltung verschaffen könnte.

Von einer Parlamentarisierung und damit einem Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung der Reichsregierung könnte nur dann die Rede sein, wenn die Parteien in der Lage wären, sich in einem Kollegium von verantwortlichen Ministern vertreten zu lassen, das nicht unter der Fuchtel der preussischen Konservativen stände. Vorbedingung also wäre die Verfassungsreform im Reich, die Wahlreform in Preußen und eine Umgestaltung des Verhältnisses, in dem die Reichsregierung zu Preußen steht. Wäre diese Voraussetzung erfüllt, so könnte zu dem bestimmten Zweck der Herbeiführung des Friedens und der Liquidierung des Krieges sich unter Umständen auch die Sozialdemokratie an der Bildung einer Koalitionsregierung beteiligen.

Man könnte vielleicht einwenden, daß, wenn erst Spahn und Erzberger, Baffermann und Pauer, Scheidemann und David auf den Sesseln der Staatssekretäre Platz genommen hätten, die Entwicklung zur verantwortlichen Selbständigkeit dieser Ämter von selbst erfolgen werde. In jedem anderen Land wäre das in der Tat anzunehmen. Aber in Deutschland müssen wir leider skeptisch sein. Die Konservativen besitzen heute schon mehr politischen Einfluß als ihnen der Posten eines Staatssekretärs verschaffen könnte, und den übrigen bürgerlichen Parteien mit Einfluß der Mehrheitssozialisten fehlt, wie jeder Tag aufs neue beweist, der Wille zur Macht. Ihre Vertreter würden die getreuen Trabanten eines Weismann sein, die bürgerlichen schweigend, Herr Scheidemann und seine Freunde, indem sie nicht müde würden, scharfsinnig zu beweisen, daß der Kanzler im Grunde daselbe wolle wie die Sozialdemokratie. So könnte ihre Beteiligung an der Regierung geradezu ein Hemmnis für die Demokratisierung Deutschlands werden.

Oder heißt das gar zu schwarz sehen?

Die Kriegsergebnisse der vergangenen Woche zeichnen das altgewohnte grauig-blutige Bild. Das Auf und Nieder des Ringens, das täglich eine große Anzahl von Einzelkämpfen zeitigt, in denen sicherlich, rein militärisch betrachtet, manche taktischen Erfolge gebucht werden können, hat an der strategisch-politischen Gesamtlage nichts geändert. Die große Frühjahrs-offensive der Westmächte hat ebenjowenig einen ausschlaggebenden Erfolg gehabt wie der Ansturm der Italiener an der Isonzofront. Andererseits kann aber auch nicht von einem Schwachmatten der Franzosen, Engländer und Italiener gesprochen werden. Aber drohend kommt jetzt schon die Kunde von einer großen Sommeroffensive im Westen, die den Frühjahrsopfern neue Massenkörper zufügen wird. Und mit welchem Erfolg? Die starke Artillerietätigkeit, die die Engländer in den letzten Tagen auf ihrem linken Flügel in Belgien entfaltet, läßt die Vermutung zu, daß die blutgetränkten Gefilde in der Gegend von Ypern usw. von neuem mit Granaten zerflügelt und mit warmem Menschenblut besprengt werden sollen. Auch von einer Sommeroffensive der Engländer, Franzosen usw. zur See wird jetzt viel geredet. — Nach einigen Tagen Kampfpause ist an der Isonzofront die Kampf-tätigkeit wieder aufgeflammt. — Auch von einem Wiedererwachen der Gesechtstätigkeit an der Etschfront wird berichtet. Es wird das in Zusammenhang gebracht mit der Frontreife des russischen Kriegsministers Kerenski, der das russische Heer zur Erhaltung der erkämpften Freiheit des russischen Volkes und zur Erzwingung eines annexionslosen Verständigungsfriedens aktionsfähig erhalten will. Im Oberbefehl der russischen Armee ist ein Wechsel eingetreten. Der bisherige Höchstkommandierende Alexejew hat seine Stelle dem General Brussilow einräumen müssen.

Im Auslande hat die verfloßene Woche eine ganze Anzahl bedeutsamer Vorgänge gebracht. In Oesterreich hat die Eröffnung des Reichsrates gleich am ersten Tage einen Einblick gewährt in die nationalen Gegensätze dieses bunt zusammengewürfelten Nationalitätenstaates. Die Vertreter der Polen, Tschechen und Südslawen haben feierlich Verwahrung gegen die Maßnahmen der Regierung eingelegt. Die Polen haben ein sehr umfangreiches nationales Programm aufgestellt, in dem die Vereinigung aller von Polen bewohnten Gebiete in einem unabhängigen Polen mit einem Ausgang zum Meere verlangt wird. Der parlamentarische Verband der Tschechen droht der Regierung mit der Kreditverweigerung. Der junge Kaiser Karl hat eine, vom dynastischen Standpunkt aus betrachtet, sehr geschickte Thronrede verlesen, in der besonderer Nachdruck auf den Gedanken der konstitutionellen Monarchie gelegt wurde. Damit ist natürlich weder der nationale Widerstreit aus der Welt geschafft, noch sind damit die schweren sozialen Wunden geheilt, die der Krieg den Völkern Oesterreichs geschlagen hat. — Die österreichischen und ungarischen Sozialdemokraten haben durch ihre Delegierten in den Vorbesprechungen in Stockholm sehr lange Friedensprogramme aufgestellt, deren Forderungen im eigenen Lande zu verwirklichen etwas mehr Energie erfordern wird, als sie bisher gezeigt haben. Die österreichische und die ungarische Regierung haben es übrigens für notwendig gehalten, offiziell zu erklären, daß die sozialdemokratischen Delegierten Oesterreichs und Ungarns keinerlei Regierungsantrag erhalten hätten.

In Frankreich hat der Beschluß des sozialistischen Nationalrates, die Stockholmer Konferenz zu beschicken, schwere politische Stürme hervorgerufen. Die Regierung, eingeschüchert durch das wilde Toben der chauvinistischen und imperialistischen Presse, weigert sich, den Sozialisten Pässe für Stockholm zu geben. Herr Ribot hat in einer Rede erklärt, daß der Friede nicht durch eine Partei, sondern durch das ganze Volk geschaffen werden, und daß es ein „französischer Friede“ sein müsse, der natürlich nur durch militärischen Siegerungen werden könne; selbstverständlich müsse auch Elsass-Lothringen wieder zu Frankreich kommen. Die alte Melodie, die man mit entsprechenden Veränderungen aus dem Munde aller Staatsmänner hört. Im Zusammenhang mit der Stockholmer Frage hat die französische Kammer in einer langen Debatte die Frage des russisch-französischen Bündnisses erörtert. So viel steht aber fest, daß die Haltung der französischen Regierung und Imperialisten das russische Proletariat nicht für ein solches Bündnis begeistern kann, und daß die französische Regierung gezwungen sein wird, ihrer Nervosität Herr zu werden und ihren Siegeswillen einer gründlichen Revision zu unterziehen. Auch in der Passfrage wird sie mehr als einen Pflock zurückstrecken müssen. Denn wenn auch die Regierungssozialisten Frankreichs die Passverwei-

gerung mit recht tendenziösen Protesten beantworten, so hat doch der 27. Mai der französischen Minderheit einen entscheidenden Sieg über die Sozialpatrioten gebracht. Die Minderheitssozialisten haben aber sicher die große Masse des arbeitenden Volkes hinter sich. Auf die Dauer kann die französische Regierung die Friedenssehnsucht des Volkes nicht eindämmen. Nach dem letzten Aufruf des russischen Arbeiter- und Soldatenrates würde eine Verweigerung der Pässe gleichbedeutend sein mit einem offenen Bruch der französischen Regierung mit Rußland. Ob es aber Herr Ribot, die französischen Kriegsschreiber und die Renaudel-Peute darauf ankommen lassen, ist sehr zweifelhaft. Das würde die militärische und politische Situation Frankreichs und die finanziellen Interessen der französischen Rentner, die ihr Kapital in russischen Anleihen angelegt haben, zu sehr gefährden.

Ueber die Haltung, die die Regierung Englands zur Stockholmer Konferenz einnimmt, herrscht noch keine volle Klarheit. Im Auftrage der Regierung gehen einige englische Arbeitervertreter, darunter Henderson, nach Rußland; es wird aber ausdrücklich erklärt, daß sie mit der Stockholmer Konferenz nichts zu tun haben sollen. Auf der andern Seite scheint man aber nach französischem Beispiel den englischen Sozialisten die vor allem dem tapferen Genossen Mac Donald die Pässe verweigern zu wollen. Lobt doch die englische Tagespresse genau so wild gegen Stockholm wie die französische Chauvinistenpresse und die — alldeutschen Preßerzeugnisse. Die wirklich friedensfreundlichen englischen Sozialisten der Unabhängigen Arbeiterpartei und der Britisch-sozialistischen Partei sind in der letzten Zeit unter Führung Mac Donalds sehr rührig gewesen. In Leeds hat in den letzten Tagen eine Zusammenkunft stattgefunden, in der neben Mac Donald auch Smillies, der Führer der englischen Bergarbeiter, energisch gegen den Krieg sprach. Daß es in der englischen und französischen Arbeiterschaft bedeutlich gährt, beweisen auch die zahlreichen Streikbewegungen, die in den letzten Tagen aus beiden Ländern gemeldet wurden. Im Norden Englands haben die Arbeiter, deren Vorfahren schon in der Chartistenbewegung das revolutionäre und vorwärtsdrängende Element waren, auch größere Friedensdemonstrationen veranstaltet.

Die Beschlüsse, die in Leeds gefaßt worden sind, verdienen auch die Beachtung der deutschen Arbeiter, so daß wir sie hier wiedergeben:

1. Die Versammlung beklagt die russische Volk zur Erlangung der Freiheit. — 2. Die Versammlung erlucht die britische Regierung, ihr sofortiges Einverständnis mit den bekanntgegebenen Kriegszielen der auswärtigen Politik der demokratischen Regierung Rußlands anzukündigen. — 3. Die Versammlung fordert eine „Freiheitscharte“, eine Generalamnestie für alle wegen politischer und religiöser Verbrechen Verhafteten sowie die Befreiung des Arbeiterstandes von jeder Art von Zwang und Behinderung. — 4. Die Versammlung fordert die vertretenen Körperschaften auf, sofort zwecks harmonischer Zusammenarbeit zur Durchsetzung der durch die übrigen Entschickungen bezeichneten Ziele allerwärts Arbeiter- und Soldatenräte einzusetzen und angestrengt auf einen vom Volke der verschiedenen Länder gemachten Frieden sowie auf eine vollständige politische und wirtschaftliche Befreiung des internationalen Arbeiteriums hinzuwirken.

Die Arbeiter- und Soldatenräte sollen dabei jeden Ueberariff gegen die industrielle und bürgerliche Freiheit abwehren, der Frauarbeit besonderes Interesse widmen und im allgemeinen die Wirksamkeit der Gewerkschaften fördern sowie den Nahrungsmittelwucher verhindern.

Bei Beurteilung der englischen Verhältnisse darf man aber nicht außer Acht lassen, daß die sozialistischen Arbeiter nicht in der Mehrheit sind. Der größte Teil der englischen Arbeiterführer ist nach berühmten Mustern durchaus auf die Kriegspolitik der Regierung eingeschwenkt. Die große Masse der Arbeiter ist durch die Betonung rein gewerkschaftlicher Aufgaben lange Zeit politisch stumpf und interesselos gewesen, von rühmlichen Ausnahmen natürlich abgesehen. Man kann aber ohne weiteres annehmen, daß die Kriegswirkungen die Massen auferwacht haben, und daß jetzt die Aufklärungsarbeit der Unabhängigen Arbeiterpartei auf fruchtbaren Boden fällt.

In Rußland ist auch der (bürgerliche) Handelsminister Kowalow zurückgetreten, weil, wie gemeldet wurde, er der Meinung ist, daß die jetzige Regierung einer sozialistischen Regierung Platz machen müsse. — Es ist ohne weiteres klar, daß die Umwälzung und Neuordnung in Rußland nicht ohne Reibungen und Kämpfe vor sich geht, zumal in einer Zeit, in der der Feind im Lande steht. Ein Volk, das jahrhundertlang in Unwissenheit, Elend und Knechtung gehalten wird, kann keine Revolution nicht mit Rosen-

wasser machen, und es werden hier und dort Ausschreitungen und Hemmungen auftreten, die von einer sensationellsten und tendenziösen Presse aufgebauscht werden. So lange aber der Arbeiter- und Soldatenrat wie ein Fels in der Brandung da steht, so lange ist auch die Gewähr gegeben, daß die Währung in Rußland zu einer Klärung kommen wird. Auch die Reibungen, die sich aus der Meinungsverschiedenheit der verschiedenen sozialistischen Richtungen ergeben, und die hier und da zu einem Sondervorgehen führen, wie es in diesen Tagen aus Kronstadt gemeldet wurde, dürfen nicht allzu tragisch genommen werden. Vor allem hat man daran zu denken, daß die Nachrichten, die aus Rußland kommen, nicht immer aus reinen Quellen fließen, und daß erst eine gewisse Zeit notwendig ist, ehe man sich ein klares Urteil bilden kann. Soweit es sich um die Kronstädter Vorgänge handelt, dürfte hier das Vorgehen extrem-radikaler Elemente in Betracht kommen, die die dortigen Arbeiter und Soldaten veranlaßt haben, der provisorischen Regierung die Gefolgschaft zu kündigen.

Inzwischen nehmen in Rußland die Arbeiten, die zur Einberufung der Konstituante, d. h. einer vorläufigen Volksvertretung, die die zukünftige Staatsverfassung beraten und endgültig festlegen soll, ihren Fortgang. Für die Wahlen zu dieser Konstituante ist ein Gesetzesentwurf geschaffen, der allgemeines, direktes, geheimes und gleiches Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes auf Grund des Verhältniswahlsystems vorsieht. Das Wahlalter ist auf 20 Jahre festgelegt.

Nach Meldungen aus Portugal haben die letzten Feuerunruhen Hunderte von Opfern an Toden und Verwundeten gekostet. Es sind nur die Nachmittage der englischen Sozialisten, die das kriegsmüde Volk in das allgemeine Völlerringen hineinzwingen.

In China ist seit einiger Zeit wieder eine politische Krise eingetreten, in der die verschiedenen Machthaber um den Vorrang kämpfen, wobei natürlich ausländische Einflüsse und die Rolle, die China im Weltkriege spielen soll, wirksam sind.

Von der inneren Politik Deutschlands ist aus der verflochtenen Woche herzlich wenig zu melden. Die alldeutschen und konservativen Blätter sind nach wie vor sehr laut und rührig, ihre Kriegszielepolitik als die Politik des ganzen deutschen Volkes hinzustellen. Und sie können sich das leisten aus Gründen, über die wir uns lieber den Mund nicht verbrennen wollen. Das Herr Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ eine Menge von Artikeln produziert, in denen er das Thema: „Stockholm eine anti-deutsche Intrigue“ bis zum Ueberdruß behandelt, sei nur nebenher erwähnt.

Sehr beachtenswert war die Veröffentlichung eines Briefes des Generals Bissing, des früheren Generalgouverneurs von Belgien, in dem er sich für eine „Angliederung“ Belgiens ausspricht und die militärische Verwaltung belgischen Landes zugunsten Deutschlands klarlegt. Näheres über die Bedeutung dieses Briefes und seines Schreibers zu sagen, ist zur Zeit nicht möglich.

Zehngelalten zu werden verdient, daß in den letzten Tagen zwei regierungsozialistische Leuchten, die Herren Hänisch und Göhre sich gedrängt fühlten, ihre Sympathie für die Monarchie in der bürgerlichen Presse kund zu tun.

### Hysterische Stilübungen.

Im Organ der Bremer Parteizette, der „Arbeiterpolitik“ vom 19. Mai, kann man folgende krankhaft anmutenden Herzensergüsse eines weltfremden Journalisten lesen:

„Es wundert niemand, daß die Vertreter des Parteizentrums nach Stockholm gehen, um das Gelöbnis von Kienthal zu brechen. Es gibt keinen Wortbruch, den die Daase und Hoffmann politisch nicht begehen könnten, nachdem sie Monate hindurch die Politik des Sozialpatriotismus mitgemacht haben. Wenn sie also jetzt nach Stockholm gehen, so bleiben die Zentrumsleute ihrer historisch gewordenen Prinzipienlosigkeit, der Politik der Phrasen nur treu. Man kann vom politischen Egoismus keine politische Produktivität erwarten.“

„Daß die neue Partei der Unabhängigen eine bloße Kopie der Sozialdemokratie ist, eine Kopie, die sich nur in der formlosen Geistesfreiheit, mit der sie die Interessen des Proletariats zu vertreten vorgibt, von der alten Partei unterscheidet, ist vom Augenblick ihrer Geburt an klar gewesen. Sie ist im wesentlichen schon heute eine Verorganisationsanstalt für vertratete Parteizentren. Daß ihnen die Wirkung ihres Tuns am Ende nicht zum Bewußtsein kommt, beweist höchstens den totalen politischen Aretinismus, dem diese Vertreter der Arbeiterklasse durch ihre langjährige Praxis verfallen sind. Wir reden zunächst gar nicht von der beabsichtigten Teilnahme der „Unabhängigen“ an der Stockholmer Konferenz. Wer heute einem Daase und Hoffmann noch glauben kann, daß sie mit den Sozialpatrioten noch abrechnen wollten oder können,

wem nicht klar ist, daß es für die Ebert und Scheidemann ein Kinderpiel ist, die ganze Sozialisten in zwei Minuten auf ihrer politischen Haltlosigkeit in die Pfanne zu hauen, dem mag man seinen kindlichen Glauben weiden, politisch wird ihn niemand ernst nehmen.“

Neben sonstigen Verlegenheiten, von denen diese, wie die meisten Nummern der „Arbeiterpolitik“ wimmeln, heißt es dann: „Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist eine Verböhnung der Klassenkämpfer. Sie ist wie die Sozialdemokratie alten Stiles der wandelnde Gegensatz zwischen Worten und Taten usw.“ Auch Genosse Dittmann wird auf Grund ganz immariterischer und unzuverlässiger Zeitungsberichte von dem überreizten Skribenten ankrachtelt, — was Genosse Dittmann wohl verschmerzen wird.

Es genügt, wenn man solche exaltierten Schreibungen einmal niedriger hängt. Die aufmerksamen Leser des Mitteilungsblattes werden ohnehin wissen, daß alle Anwürfe auf die Unabhängige Partei in Fragen der Stockholmer Konferenz haltlos und unwahr sind. Im übrigen warten wir Tag für Tag auf die großen „Taten“, die die Bremer im Gegensatz zur Unabhängigen Sozialdemokratie in dieser Kriegszeit vollbringen werden. Glauben die Deutschen wirklich, daß die deutschen Arbeiter, von denen viele erst das ABC des Sozialismus und die Grundbegriffe des Klassenkampfes lernen müssen, mit solchen überhöhten und verhängenen Tiraden, mit denen man wohl einem kleinen Kreise intellektueller Janasifer imponieren kann, zu Massenaktionen und zum Bestehen des Sozialismus erzogen werden können?

### Aus der Zeit.

**Erhebliche Zunahme der Sterblichkeit in Berlin**  
Die summarischen Uebersichten des statistischen Amtes der Stadt Berlin weisen eine erhebliche Zunahme der Sterblichkeit in Berlin gegenüber dem Vorjahre auf. Es starben in dem Zeitraum von

1. Jan. bis 19. Mai 1917	14 989	Perf. gegen	11 448	l. Vorjahr
1. „ „ 12. „ 1917	14 247	„	10 953	„
1. „ „ 5. „ 1917	13 497	„	10 488	„
1. „ „ 28. April 1917	12 917	„	9 903	„

Es bedeutet das eine Steigerung der Sterblichkeit um 30 bis 39 Proz. Diese Steigerung ist im so auffälliger, als die Säuglingssterblichkeit (Kinder im ersten Lebensjahre) um rund 10 Proz. abgenommen hat. Diese erfreuliche Abnahme ist auf die Unterstärkung der Mütter durch Stillgeld usw. zurückzuführen. Die Zunahme der Sterblichkeit betrifft vorwiegend die Altersklassen über 45 Jahre. Sie ist wohl auf die wachsende Ernährungsschwierigkeit und Ueberarbeit zurückzuführen. Die vorgeführten Zahlen betreffen lediglich die Zivilbevölkerung, nicht die Militärpersonen.

**Vederwucher.** Der „Deutschen Tageszeitung“ wird geschrieben: „Der Schriftleiter G. hatte seinerzeit in einer von ihm verantwortlich gezeichneten Verbandszeitung gegen die Veder-Industrie den Vorwurf des Kriegswuchers erhoben und in zahlreichen Artikeln zahlenmäßig begründet. Diese Ausführungen dienten in späterer Folge einigen Reichstagsabgeordneten als Unterlagen zu entsprechenden Anträgen im Reichstage, worauf die Regierung zu einer Herabsetzung der ungerechtfertigt hohen Vederhöchpreise schritt. Natürlich hatte das Vorgehen G.s das Mißfallen der Vederfabrikanten erregt, welches sich teilweise in heftigen persönlichen Angriffen äußerte, so daß G. gezwungen wurde, gegen einige Vederfabrikanten die Privatklage wegen Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung anzuhängen. Seitens des Amtsgerichts Hannover ist nun beschlossen worden, in eine Beweiserhebung einzutreten, ob die Vederindustrie in ihrer Allgemeinheit Kriegswucher getrieben habe. Vorher sollen einige Beamte der Kriegsorganisation und eine größere Anzahl Großherber als Zeugen kommissarisch vernommen werden. Nachdem diese Angelegenheit im Reichstage ausführlich verhandelt wurde, liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß den betreffenden Beamten die Erlaubnis zur Aussage verweigert wird, zumal ja auch eine gerichtliche Begründung der Ursachen, aus denen die märchenhaften Preisgewinne der Vederindustrie erwachsen sind, im öffentlichen Interesse liegt.“

Besonders gespannt sein darf man auf das Verhalten der als Zeugen geladenen Vederfabrikanten, die ja genau wissen müssen, was am Veder verdient wurde und ob dieser Verdienst größer war als zu Friedenszeiten, also ob eine Ausnutzung der Kriegslage zur Erhöhung des Gewinns vorliegt. Wenn die Herren allerdings der Ansicht sein sollten, daß sie sich selbst des Kriegswuchers schuldig gemacht haben, so können sie das Zeugnis ablehnen — aber der Ablehnungsgrund ist „unabsehbar“ zu machen. Andererseits aber sollte man annehmen, daß sie diese Gelegenheit ergreifen werden, um ihren Geschäftszweig von dem schimpflichen Verdacht des Kriegswuchers, der durch die Millionenabschlüsse der Aktiengesellschaften entstanden ist, durch möglichst ausführliche Aussagen zu reinigen. Unter den als Zeugen in Betracht kommenden Vederfabrikanten befinden sich auch einige Vorstandsmitglieder des Zentralverbandes der deutschen Vederindustrie.“

Dem weiteren Verlauf dieser Privatklage darf man in weitesten Kreisen mit Interesse entgegensehen, ist es doch u. B. das erste Mal, daß sozusagen eine ganze Industrie wegen Kriegswuchers auf der Anklagebank sitzt.

Daß die Vederindustriellen befreiten werden, übermäßig hohe Gewinne eingeheimt zu haben, dürfte heute schon klar sein. Aber die Preisgewinne der Veder-Aktiengesellschaften sind nicht aus der Welt zu schaffen.

In die Geheimnisse eines prinzipiellen Kleidermagazins läßt die Mitteilung über eine Verheiratung die besten Einblicke, welche der Prinzessin Luise von Belgien gehört haben, und die wegen Schulden ge-



## Die erste Internationale.

Von Fr. Mehring.

### 2. Inauguraladresse und Statuten.

III.

Von der Inauguraladresse hat Beesly später einmal gesagt, sie sei wahrscheinlich die gewaltigste und schlagendste Darlegung der Arbeiterfrage gegen die Mittelklasse, die je in ein Duzend kleiner Seiten zusammengepreßt worden sei. Die Adresse begann damit, die große Tatsache festzustellen, daß sich die Not der Arbeiterklasse in den Jahren von 1848 bis 1864 nicht gemindert habe, obgleich gerade dieser Zeitraum in den Jahrbüchern der Geschichte beispiellos dastehe durch die Entwicklung seiner Industrie und das Wachstum seines Handels. Sie führte den Beweis dadurch, daß sie urkundlich gegenüberstellte einerseits die fürchterliche Statistik der amtlichen Blaubücher über das Elend des englischen Proletariats, andererseits die Ziffern, die der Schatzkanzler Gladstone in seinen Budgetreden beigebracht hatte für die berauschende, aber ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkte Vermehrung von Macht und Reichtum, die in jenem Zeitraum vor sich gegangen sei. Die Adresse deckte diesen schreienden Gegensatz an den englischen Zuständen auf, weil England an der Spitze der europäischen Industrie und des europäischen Handels stehe, aber sie fügte hinzu, daß er mit anderer Lokalfärbung und auf etwas kleinerer Stufenleiter in allen Ländern des Festlandes bestehe, wo die große Industrie sich entwickle.

Überall beschränkte sich die berauschende Vermehrung von Macht und Reichtum auf die besitzenden Klassen, es sei denn, daß eine kleine Anzahl von Arbeitern, wie in England, einen etwas erhöhten, aber durch die allgemeine Preissteigerung wieder ausgeglichenen Arbeitslohn erhalten hätte. „Allüberall sank die große Masse der arbeitenden Klassen in immer tieferes Elend, mindestens in demselben Maße, wie die oberen Klassen auf der sozialen Leiter stiegen. In allen Ländern Europas steht es jetzt als unumstößliche Wahrheit fest, unleugbar für jeden unbefangenen Forscher, und nur bestritten von denen, die ein Interesse daran haben, anderen trügerische Hoffnung zu erwecken, daß weder die Vervollkommnung der Maschinen, noch die Verwertung der Wissenschaft für den Ackerbau oder die Industrie, weder die Hilfsmittel und Kunstgriffe des Verkehrs, noch neue Kolonien oder Auswanderung, weder die Eroberung neuer Märkte, noch der Freihandel oder alle diese Dinge zusammen genommen, das Elend der gewerktätigen Massen zu beseitigen vermögen, daß vielmehr auf der falschen Grundlage des Bestehenden jede frische Entwicklung der schöpferischen Kraft der Arbeit nur dahin zielt, die sozialen Gegensätze zu vertiefen und den sozialen Konflikt zu verschärfen. Hungertod erhob sich in der Hauptstadt des britischen Königreichs beinahe auf den Rang einer sozialen Institution während dieser berauschenden Periode ökonomischen Fortschritts. Dieser Zeitraum ist in den Jahrbüchern der Geschichte gekennzeichnet durch die beschleunigte Wiederkehr, den erweiterten Umfang und die tödlichen Wirkungen der sozialen Pest, die man Handels- und Industriekrisen nennt.“

Die Adresse warf dann einen Blick auf die Niederlage der Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren und fand, daß diese Zeit auch ihre entzündenden Charakterzüge habe. Besonders zwei große Tatsachen wurden hervorgehoben. Zuerst der gesetzliche Zehnstundentag mit seinen für das englische Proletariat so heilsamen Folgen. Der Kampf für die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit war ein direkter Eingriff in den großen Kampf zwischen der blinden Regel der Gesetze über Angebot und Nachfrage, die die politische Ökonomie der Bourgeoisie ausmachen, und der durch soziale Fürsorge geregelten Produktion, die die Arbeiterklasse vertritt. „Und deshalb war die Zehnstundenbill nicht nur ein großer praktischer Erfolg, sondern auch der Sieg eines Prinzips; zum ersten Male erlag die politische Ökonomie der Bourgeoisie der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.“

Einen noch größeren Sieg erfocht die politische Ökonomie des Proletariats durch die Kooperationsbewegung, die auf dem Prinzip der Kooperation beruhenden, durch wenige unverzagte, wenn auch ununterstützte Hände ins Leben gerufenen Fabriken. Der Wert dieser großen sozialen Versuche könne nicht hoch genug angeschlagen werden. „Durch die Tat, statt der Gründe, haben sie be-

wiesen, daß Produktion im großen Maßstab und in Übereinstimmung mit den Geboten modernster Wissenschaft stattfinden kann ohne die Existenz einer Klasse von Unternehmern, die einer Klasse von Arbeitern zu tun gibt, daß die Arbeitsmittel, um Früchte zu tragen, nicht als Werkzeuge ausbeutender Herrschaft über die Arbeitenden selbst monopolisiert zu werden brauchen, daß Lohnarbeit, wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenschaft nur eine untergeordnete und vorübergehende Form ist, die, dem Untergange geweiht, verschwinden muß vor der genossenschaftlichen Arbeit, die ihre schwere Aufgabe mit williger Hand, leichtem Sinn und fröhlichem Herzen erfüllt.“ Gleichwohl vermag Kooperationsarbeit, auf gelegentliche Versuche beschränkt, das kapitalistische Monopol nicht zu brechen. „Vielleicht haben gerade aus diesem Grunde Aristokraten von anscheinend edler Denkart, menschenfreundliche Schönredner der Bourgeoisie und selbst geschäftskluger Nationalökonomien ganz urplötzlich mit widerlichen Komplimenten eben dem Kooperationsarbeitsystem gehuldigt, das sie vergebens im Keime zu ersticken versucht, als die Utopie des Träumers verhöhnt oder als Verrücktheit des Sozialisten gebrandmarkt hatten.“ Erst die Entwicklung der Kooperationsarbeit zu nationalen Dimensionen könne die Massen retten. Dagegen würden die Herren des Grundbesitzes und des Kapitals stets ihre politischen Vorrechte aufbieten, um ihre ökonomischen Monopole zu verewigen. Deshalb sei es die große Pflicht der arbeitenden Klassen, politische Macht zu erobern.

Diese Pflicht schienen die Arbeiter begriffen zu haben, wie ihr gleichzeitiges Wiederaufleben in England, Frankreich, Deutschland und Italien, ihr gleichzeitiges Streben nach einer politischen Reorganisation der Arbeiterpartei bewiese. „Ein Element des Erfolges besitzen sie — Zahlen. Aber Zahlen wiegen nur schwer in der Waage, wenn sie durch ein Bündnis vereinigt und einem bewußten Ziel entgegengeführt werden.“ Die Erfahrung der Vergangenheit lehre, daß Mißachtung der Brüderlichkeit, die zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder bestehen und sie anspornen sollte, in allen Kämpfen für ihre Emanzipation seit beieinander zu stehen, sich durch eine allgemeine Vereitelung ihrer zusammenhanglosen Anstrengungen räche. Diese Erwägung habe das Meeting in St. Martins Hall zur Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation veranlaßt.

Und noch eine Ueberzeugung habe dies Meeting beherrscht. Erheische die Emanzipation der arbeitenden Klassen ihren brüderlichen Beistand, wie könnten sie dieses große Ziel erreichen mit einer auswärtigen Politik der Regierungen, die frevelhafte Pläne verfolge, mit nationalen Vorurteilen spiele und in Raubzügen Blut und Gut des Volkes vergeude? Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen, sondern der heldenmütige Widerstand des Proletariats gegen ihre verbrecherische Torheit habe den Westen Europas vor einem insamen Kreuzzug für die Verewigung und Fortpflanzung der Sklaverei auf den jenseitigen Ufer des atlantischen Ozeans bewahrt. Der schamlose Beifall, die nur scheinbare Sympathie oder die blöde Gleichgültigkeit, womit die höheren Klassen zugehört hätten, wie Rußland die Bergfeste des Kaukasus erbeutete und das heldenmütige Polen ermordete, wiesen die arbeitenden Klassen auf ihre Pflicht, in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen mit allen Mitteln entgegenwirken, wenn möglich; wenn es aber unmöglich sei, ihnen zuvorzukommen, sich in gleichzeitigen Demonstrationen zu vereinigen, und die einfachen Gesetze von Moral und Recht, die die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze für den Verkehr der Nationen geltend zu machen. Der Kampf für eine solche auswärtige Politik sei eingeschlossen in den allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse. Die Adresse schloß, wie einst das kommunistische Manifest: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Die Statuten begannen mit Erwägungsgründen, die sich in folgende Sätze zusammenfassen lassen: Die Emanzipation der Arbeiterklasse muß durch die Arbeiter selbst erobert werden; der Kampf für sie ist kein Kampf für neue Klassenrechte, sondern für die Vernichtung aller Klassenherrschaft. Der ökonomischen Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, das heißt der Lebensquellen, liegt die Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde: dem sozialen Elend, der geistigen Verkümmern-

und der politischen Abhängigkeit. Die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse ist daher das große Ziel, dem jede politische Bewegung als Mittel dienen muß. Alle nach diesem Ziele strebenden Versuche sind bisher gescheitert aus Mangel an Einigkeit zwischen den verschiedenen Arbeitergruppen jedes Landes und zwischen den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder. Die Emanzipation der Arbeiter ist weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe; sie umfaßt alle Länder, in denen die moderne Gesellschaft besteht; sie kann nur vollbracht werden durch das planmäßige Zusammenwirken dieser Länder. An diese klaren und scharfen Sätze waren dann jene moralischen Gemeinplätze über Gerechtigkeit und Wahrheit, Pflichten und Rechte, gehängt, die Marx nur mit Widerstreben in seinen Text aufnahm.

Die Organisation des Bundes gipfelte in einem Generalrat, der zusammengesetzt sein sollte aus Arbeitern der verschiedenen in der Assoziation vertretenen Länder. Bis zum ersten Kongreß übernahm das in St. Martins Hall gewählte Komitee die Befugnisse des Generalrats. Sie bestanden darin, die internationale Vermittlung zwischen den Arbeiterorganisationen der verschiedenen Länder zu übernehmen, die Arbeiter jedes Landes fortwährend über die Bewegungen ihrer Klasse in anderen Ländern zu unterrichten, statistische Untersuchungen über die Lage der arbeitenden Klassen anzustellen, Fragen von allgemeinem Interesse in allen Arbeitergesellschaften beraten zu lassen, im Falle internationaler Streitigkeiten eine gleichmäßige und gleichzeitige Aktion der verbundenen Organisationen zu veranlassen, periodische Berichte zu veröffentlichen und ähnlichen Aufgaben. Der Generalrat wurde vom Kongreß gewählt, der jährlich einmal zusammentrat. Der Kongreß bestimmte den Sitz des Generalrats sowie Ort und Zeit des nächsten Kongresses. Doch war der Generalrat befugt, die Zahl seiner Mitglieder zu vervollständigen, und im Notfall den Ort des Kongresses zu wechseln, nicht aber die Zeit seines Zusammentritts hinauszuschieben. Die Arbeitergesellschaften der einzelnen Länder, die sich der Internationale anschlossen, behielten ihre gesonderte Organisation unangetastet bei. Keiner unabhängigen Lokalgemeinschaft war verwehrt, unmittelbar mit dem Generalrat zu verkehren, doch wurde es als eine für die wirksame Tätigkeit des Generalrats notwendige Vorbedingung bezeichnet, daß die gesonderten Arbeitergesellschaften der einzelnen Länder sich soweit möglich zu nationalen, in Zentralorganen vertretenen Körperschaften vereinigten.

So falsch es ist, zu sagen, daß die Internationale die Erfindung eines „großen Kopfes“ gewesen sei, so war es gleichwohl ihr Glück, daß sie bei ihrem Entstehen einen großen Kopf fand, der ihr lange Irrwege ersparte, indem er ihr den richtigen Weg wies. Mehr tat Marx nicht und mehr wollte er auch nicht tun. Die unvergleichliche Meisterschaft der Adresse wie der Statuten bestand eben darin, daß sie durchweg an die augenblickliche Lage der Dinge anknüpfte, und gleichwohl, wie Liebknecht einmal treffend sagte, die letzten Konsequenzen des Kommunismus enthielten, nicht minder als das kommunistische Manifest.

Von diesem unterschieden sie sich nicht nur durch die Form: „es bedarf Zeit“, schrieb Marx an Engels, „bis die wiedererwachte Bewegung die alte Kühnheit der Sprache wieder erlaubt. Nötig ist: stark in der Sache, mild in der Form.“ Sie hatte überhaupt eine andere Aufgabe. Es kam nunmehr darauf an, die gesamte streitbare Arbeiterkraft Europas und Amerikas zu einem großen Heereskörper zu verschmelzen, ein Programm aufzustellen, das nach einem Worte von Engels, dem englischen Trade Unions, den französischen, belgischen, italienischen, spanischen Proudhonisten den deutschen Lassalleanern die Tür nicht verschloß. Für den schließlichen Sieg des wissenschaftlichen Sozialismus, wie er im kommunistischen Manifest aufgestellt war, vertiefte sich Marx einzig und allein auf die intellektuelle Entwicklung der Arbeiterklasse, wie sie aus ihrer vereinigten Aktion hervorgehen mußte.

### Ernährungs- und Wohnungsfragen in Groß-Berlin.

Für die Arbeiterchaft von Groß-Berlin sind Verhandlungen der Kommission von Wichtigkeit, die infolge der Streiks der Müllungsarbeiter am 16. und 17. April eingeleitet wurden mit der Aufgabe, die Ver-

teilung der Lebensmittel im Interesse der Arbeiter zu kontrollieren, und zu diesem Zweck mit den zuständigen behördlichen Stellen zusammenarbeiten. Vorige Woche wurde einer Konferenz der örtlichen Gewerkschaftsvorstände Bericht über den Stand der Dinge gegeben. Der Kommission, die auf 14 Mitglieder verstärkt worden ist, ist von den zuständigen Dezernenten der betreffenden Behörden in alle Organisationspläne Einblick gewährt worden. Soweit es sich um die Brotverteilung handelt, herrscht in der Verteilung der Zusatzbrotarten eine erschreckende Ungleichmäßigkeit. Wie Cohen, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, berichtete, liegen die Dinge wie folgt:

Zu der Wochenration von 1600 Gramm, die jeder Einwohner seit dem 16. April erhält, bekommen die Schwerarbeiter eine Zulage von 350 Gramm und die Schwerarbeiter außerdem eine weitere Zulage von 1000 Gramm wöchentlich. Die Begriffe Schwerarbeiter und Schwerarbeiter sind sehr unbestimmt. Eine einigermaßen feste Grenze kann hier gar nicht gezogen werden. Nach den uns vorgelegten Zahlen gibt es in Groß-Berlin rund 600 000 Schwer- und 53 000 Schwerarbeiter. Diese beiden Gruppen zusammen bekommen eine wöchentliche Brotzulage von 281 550 000 Gramm. Das Kriegsernährungsamt will Schwer-, namentlich aber Schwerarbeiter, nur in der Rüstungsindustrie anerkennen. Einem großen Teil von Schwerarbeitern, die außerhalb der Rüstungsindustrie beschäftigt sind, ist es nicht möglich, Zusatzbrot zu bekommen. Die Kommission legte sich die Frage vor, wie die wöchentliche Brotzulage von 281 550 000 Gramm gerechter als bisher verteilt werden könne. Nach eingehender Prüfung der Frage hat sich die Kommission auf den Standpunkt gestellt, daß der Begriff Schwer- und Schwerarbeiter fallengelassen wird und die bisher gewährte Brotzulage unter alle Arbeiter verteilt wird. Die Kommission denkt dabei aber nur an Handarbeiter. Wer nicht als Handarbeiter anzusehen ist, soll keine Zulage erhalten. Die Eigenschaft als Handarbeiter soll sich ergeben aus der Krankenversicherungspflicht. Es gibt in Groß-Berlin 1 300 000 Krankenkassenmitglieder. Davon scheiden für die hier in Frage kommende Brotverteilung aus die freiwillig Versicherten, die Diensthöfen in herrschaftlichen Häusern, das Hotelpersonal und die Bureauarbeiter. Es bleiben demnach rund eine Million Versicherungsobligierte übrig, auf welche die 281 550 000 Gramm Brot zu verteilen sind. Jeder derselben kann demnach eine wöchentliche Brotzulage von ungefähr 300 bis 350 Gramm bekommen. Wird dieser Plan durchgeführt, dann behalten die 600 000 Schwerarbeiter ungefähr ihr bisheriges Brotquantum. Die 53 000 Schwerarbeiter müßten jedoch auf einen Teil ihrer bisherigen Brotzulage verzichten. Dafür würden aber 300 000 Personen, die jetzt nur auf die Wochenration von 1600 Gramm angewiesen sind, 300 bis 350 Gramm mehr bekommen, also eine verhältnismäßig ganz bedeutende Erhöhung der Ration. Für die gesamten Handarbeiter würde damit die Ration wieder auf den Stand vor dem 16. April zurückgeführt werden.

Die Kommission hat diesen Plan dem Ernährungs-ausschuß für Groß-Berlin, der für die Verteilung in Frage kommenden behördlichen Körperschaft, vorgelegt. Der Ausschuß hat den Plan geprüft und dem Grunde nach gebilligt.

Der Ernährungs-ausschuß, der für die Rüstungsindustrie besonders besorgt ist, will einen anderen Verteilungsmodus herbeiführen. Er fordert für jeden Rüstungsarbeiter eine Zulage von 350 Gramm und weitere Zulagen in gleicher Höhe für Nacharbeit, für Arbeit über 10 Stunden, und für Arbeit in ungesunder Luft. Beiläufig etwa 95 Proz. aller Betriebe, also fast die gesamte Arbeiterschaft, als Rüstungsindustrie anzusehen ist, so würde die Durchführung des Planes daran scheitern, daß nicht genug Brotgetreide vorhanden ist. Es wird nunmehr Sache des Kriegsernährungsamtes sein, regelnd einzugreifen. Die oben genannte Kommission hält aber an ihrem Vorschlag fest im Interesse der Gesamtarbeiterschaft von Groß-Berlin.

Schlimm ist es mit der Kartoffelversorgung bestellt. In den letzten Wochen sind die gemachten Zusagen, 5 Pfund Kartoffeln pro Woche und Kopf zu liefern, nicht erfüllt worden. Viele Familien haben wochenlang Kartoffeln nicht erhalten, aber auch keine anderen Lebensmittel als Erbsen. Als Grund wird angeführt, daß durch das verspätet eingetretene Frühjahr die Feldbestellung erst spät beginnen konnte und zuerst dringend Saatkartoffeln benötigt wurden. Es sei aber unbegründet, dadurch die Lieferung der Speisekartoffeln leiden zu lassen. Beachtenswert sei, daß der letzte Termin zur Lieferung von Saatkartoffeln der 25. Mai gewesen sei, daß dieser Termin aber plötzlich um eine volle Woche hinausgeschoben worden sei. Der Verkauf von Saatkartoffeln ist natürlich noch einträglicher als der von Speisekartoffeln, und bedeuete deshalb die Hinausschiebung des Termins nur eine durch nichts begründete Liebesgabe an die Großgrundbesitzer. Die Konferenz kam deshalb zu folgenden Entschlüssen:

1. Die am 31. Mai im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15, versammelten Vertreter der gesamten Gewerkschaften Groß-Berlins erklärten nach Entgegennahme des Berichts der Kommission für die Ernährungsfrage Groß-Berlins die Stellungnahme des Kriegsernährungsamtes in der Frage der Verteilung von Zusatzbrotarten, wonach nur die in der sogenannten Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Zusatzbrotarten erhalten sollen, als unvereinbar mit den Pflichten des Kriegsernährungsamtes der gesamten Arbeiterschaft gegenüber.

Die Konferenz ersucht die Kommission, beim Kriegsernährungsamt voritzellig zu werden, und zu fordern, daß der Plan, nur den Rüstungsarbeitern Zusatzbrotarten zu geben, fallen gelassen wird und der gesamten Arbeiterschaft Zusatzbrotarten gegeben werden. Wenn dieses nicht anders geht, dann dadurch,

daß das Quantum, das für die Rüstungsarbeiter zur Verfügung steht, auf die Gesamtarbeiterschaft verteilt wird.

Die Konferenz ist der bestimmten Erwartung, daß die Solidarität der Rüstungsarbeiter diesen Plan nicht unmöglich macht.

2. In Anbetracht der in den letzten Wochen wieder erneut in so drückendem Maße fühlbar gewordenen Kartoffelknappheit protestiert die Konferenz dagegen, daß der Verkauf von Saatkartoffeln, ohne in der Sache selbst eine Begründung zu finden, um eine volle Woche hinausgeschoben wurde. Dadurch sind die Zufuhrschwierigkeiten von Speisekartoffeln und damit die Lebensmittelnot der Groß-Berliner Bevölkerung erheblich vergrößert.

Das Ganze stellt lediglich eine Liebesgabe an die Erzeuger der Saatkartoffeln, also in der Hauptsache an die Großgrundbesitzer dar. Die Konferenz bedauert, daß die Vertreter der Konsumanten im Kriegsernährungsamt dem nicht entgegengetreten sind und ersucht die Kommission, an maßgebender Stelle derartigen unberechtigten Bevorzugungen der Großgrundbesitzer, die eine große Vernachlässigung der Konsumanten darstellen, entschieden entgegenzutreten.

Wegen des Vorschlag, die Zusatzbrotarten nur Handarbeitern zu verabfolgen, wendet sich im „Berliner Tageblatt“ Herr E. Kufhäuser im Auftrage der Angeheftenorganisationen. Er legt dar, daß diese Beschränkung eine Ungerechtheit in sich schließt. Die Angeheften bedürften ebenso sehr der Zusatzbrotarten wie der Handarbeiter. Das ist richtig. So richtig es ist, daß im allgemeinen wohl die gesamte wertvolle und minderbemittelte Bevölkerung die Brotration als unzulänglich empfinden dürfte. Um aber allgemein die Brotration zu erhöhen, reichen eben die Bestände nicht hin. Daran werden auch noch so viele neue Organisationen und Verteilungsstellen nichts zu ändern vermögen. Auch die neue Ernährungs-Kommission dürfte dem Mangel an Brot und Kartoffeln nicht abhelfen.

Im „Vorwärts“ wendet sich das Mitglied des Kriegsernährungsamtes, Herr Hans Müller, so von oben herunter mit einer Erklärung gegen den von der Konferenz ausgesprochenen Vorwurf, an maßgebender Stelle den Bevorzugungen der Großgrundbesitzer nicht entgegengetreten zu sein. Herr Müller sagt, er sei vorher gar nicht gehört worden, und deshalb habe die Entschlebung für ihn keine Bedeutung, worauf die Gewerkschaftskommission repliziert, daß auch ihr die Person des Herrn Müller gleichgültig sei.

Zu den Ernährungsfragen soll die Bevölkerung von Groß-Berlin im Kriege auch noch Wohnungssorgen aufgebürdet erhalten.

Im Haus- und Grundbesitzerverein ist seit einiger Zeit die Frage einer allgemeinen Mietssteigerung erörtert worden. Der Vorstand eines Grundbesitzervereins hat an seine Mitglieder ein Schreiben verfaßt, in dem es heißt:

„Der Vorstand hat einstimmig den Beschluß gefaßt, zum 1. Oktober eine Steigerung der Mieten um mindestens 10 v. H. ohne jeden Renovationszwang vorzunehmen und diese Steigerung schon zum bevorstehenden Kündigungstermin rechtzeitig einzuleiten. Die 10 v. H.-Steigerung ist so gedacht, daß die Wohnungspreise bis zu 20 Mk. um 2 Mk., von 20 bis 30 Mk. um 3 Mk. usw. monatlich erhöht werden. Von dem Kündigungsformular, welches wir Ihnen empfehlen möchten, fügen wir ein Exemplar für Mieterfrauen und eines für Nichtmieternehmer bei. Wir bitten Sie, unsern Beschluß Rechnung zu tragen. Wir haben lange genug Entschlossenheit gehabt. Die Notlage des Hausbesitzes zwingt uns dazu. Galtten Sie sich vor Augen, welche ungeheure Mehrbelastung besonders die letzten Jahre Ihnen gebracht haben, und denken Sie daran, daß die kommende Zeit noch weitere Lasten dem Hausbesitz anferlegen wird.“

Wird dieser Plan allgemein von den Hausbesitzern durchgeführt, so wird die Berliner Bevölkerung eine neue Last zu den übrigen Lasten aufgebürdet erhalten. Alles wird heute auf den Konsumanten abgewälzt; er ist in allen Fällen derjenige der geschöpft wird. Damit wird aber die Wohnungsfrage von neuem besonders aktuell. Wo haben wir heute einen wirksamen Schutz des Mieters gegen solche Willkür? Nirgends. Der Mieter hat die Freiheit, seine Wohnung zu wechseln, in der angenehmen Voraussetzung, unter Umständen vom Regen in die Traufe zu kommen. Eine gesunde Wohnungsreform fehlt. Die Gestaltung von Wohnungen ist heute ein Geschäft wie jedes andere. Die Grund- und Bodenwerte bestimmen den Mietpreis. Schon jetzt muß aber mit aller Entschiedenheit gegen eine Mietssteigerung Einspruch erhoben werden, die der erwerbstätigen Bevölkerung neue Lasten bringt. Andererseits muß der Wohnungsfrage erneute Aufmerksamkeit zugewendet werden, die nach dem Kriege mehr wie je besonders brennend werden dürfte; wobei ganz offen ausgesprochen werden soll, daß in der kapitalistischen Gesellschaft eine im Interesse der Allgemeinheit liegende gesunde Wohnungsverpolitik gar nicht möglich ist.

## Für die Frauen.

Stimmen über den Gewaltstreik gegen Genossin Zetkin. Der Genossin Zetkin bitten weiter folgende Schreiben zu:

Zürich, den 25. Mai 1917.

Sehr geschätzte Genossin!

Die Nachricht von der Maßregelung Alaras hat uns sehr empört, erst ihr Hinweis und nun noch diese Schandtat. Der Parteivorstand scheint wirklich zu allem fähig zu sein.

Unser Zentralvorstand hat sich selbstverständlich mit der Angelegenheit lebhaft beschäftigt, und wir haben beschlossen, eine Geldsammlung zu veranstalten, um der U. Z. P. zu ermöglichen, eine Arbeiterinnen-

zeitung unter der Redaktion M. Z. herauszugeben. Wir werden unser Möglichstes tun, die Idee auch im Auslande zu verbreiten, und hoffen auf diese Weise der lieben Freundin, sowie auch Ihnen, geschätzte Genossin, am besten unsere Dankbarkeit und Anerkennung zu bekunden.

Mit herzlichsten sozialistischen Grüßen:

Roia Bloch Volles, Präsidentin.

Die deutschen Genossinnen werden diesen praktischen Akt inniger internationaler Solidarität mit herzlichster Freude und Dank begrüßen.

Barmen, den 28. 5. 17.

Sehr verehrte Genossin Zieg!

Es drängt mich, Ihnen, sowie unserer allverehrten Genossin Alara Zetkin meiner tiefsten Sympathie zu versichern, und gleichzeitig einen Rat zu erbitten, wie man sich künftig zur „Gleichheit“ zu stellen hat.

In dieser schlimmen Zeit, die die Denkfähigkeit und das Urteil der Vielen, leider Allzuvielen, so sehr getrübt, war mir die „Gleichheit“ und ihre Haltung zum Kriege und was damit zusammenhängt, der einzig feste Punkt, wo ich mir Mut und Hoffnung für die Zukunft holte.

Man sieht, eins haben die Mehrheits-Anhänger schon gelernt von der Regierung, die sie trügen, nämlich, daß Gewalt vor Recht geht, und doch, ich habe die feste Ueberzeugung, daß dennoch und trotz allem das Recht siegen wird.

Mit herzlichsten Grüßen verbleibt Ihre Frau Vogel.

Konferenz der Funktionärinnen von Groß-Berlin. Am 3. Juni tagte eine Konferenz der Funktionärinnen von Groß-Berlin mit der Tagesordnung: 1. Der Gleichheitsstreik; 2. Die Erhaltung und Gewinnung weiblicher Mitglieder für unsere Organisation; 3. Aussprache; 4. Verschiedenes.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Genossin Bengels. Sie gab einen kurzen Ueberblick über Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der „Gleichheit“, erinnerte daran, daß nicht erst seit dem Kriege durch die Umstürzer gegen die grundsätzlich sozialistische Haltung der „Gleichheit“ Sturm gelaufen werde. Auf manchem Parteitag sei schon, allerdings vergeblich, der Versuch unternommen worden, aus dem sozialistischen Frauenblatt ein Moden- und Unterhaltungsblatt zu machen.

Die Abonnentenzahl der „Gleichheit“ sei trotz aller Gegenarbeit bis zum Kriegsausbruch ständig gestiegen, ein großer Teil ihrer Leserinnen sei durch sie zu geschulten Sozialistinnen geworden. Ganz besonders aber habe sich Genossin Zetkin durch ihre in der „Gleichheit“ zum Ausdruck gebrachte grundsätzliche Haltung seit Kriegsausbruch die Anerkennung aller zur Opposition Gehörenden erworben. Ihre Maßregelung sei nur ein Glied in der Gewaltkette des Vorstandes, in diesem Falle noch verschlimmert durch den damit begangenen geistigen Raub. Denn Alara Zetkin sei nicht nur 27 Jahre lang Redakteurin, sondern Schöpferin und damit geistige Eigentümerin dieses Blattes gewesen.

Als eine Schmach bezeichnete es Genossin Bengels mit Recht, daß neben dem Zetkin-Ersatz Schulz, eine Frau Juchacz sich bereit finden konnte, wenn auch nur dem Namen nach, wie ja alle wissen, an die Stelle einer gemahregelten Genossin zu treten.

In der Diskussion wurde nur eine Stimme laut: Genossin Zetkin war wie eine Mutter für uns geworden; sie führte und leitete uns! Mit Begeisterung werden wir für ein neues Blatt unter ihrer bewährten Leitung agitieren. Als Ausdruck der Empörung der Genossinnen wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 3. Juni 1917 tagende Konferenz der Funktionärinnen von Groß-Berlin protestiert energisch gegen die Maßregelung unserer Genossin Zetkin als Redakteurin der „Gleichheit“, sowie gegen den Raub, den der Parteivorstand damit an ihrem geistigen Eigentum begeht, in welchem die Summe einer Arbeit von 25 Jahren niedergesetzt ist.“

Die Konferenz sieht in Genossin Zetkin nach wie vor die internationale Sekretärin und verpflichtet sich, darüber zu wachen, daß unsere Genossinnen die neue „Gleichheit“, die nur mehr den gekohlenen Namen mit der alten „Gleichheit“ gemein hat, in ihrer Wohnung nicht dulden, desto eifriger aber wirken und werden für ein unter Leitung der Genossin Zetkin neu zu erscheinendes Frauenblatt.“

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung machte Genossin Burm ungefähr folgende Ausführungen: Die von Groß-Berlin in den auf der Vorhaer Konferenz beschlossenen Frauen-Reichsausschuß hineingewählten Genossinnen: Bengels, Reichert, Burm, Böhm und Stiesel haben die Zentralleitung brieflich um baldige Einberufung des Frauen-Reichsausschußes ersucht, damit er endlich seine Tätigkeit beginnen könne. Das sei eigentlich schon längst erforderlich gewesen bei der Fülle von wichtigen, gerade die Proletarierinnen betreffenden Fragen; doch der Raub unseres Frauenblattes habe geradezu die sofortige Einberufung dringlich gemacht. Die Zentralleitung schloß sich in ihrem Antwortschreiben, das wörtlich verlesen wurde, dieser Auffassung an. Die bisherige Nichtberufung des Frauen-Reichsausschußes begründete sie damit, daß noch nicht alle Bezirke sich der U. Z. P. angeschlossen und sich konstituiert hätten. Ein Einwand, der nicht nur von der Referentin, sondern auch von sämtlichen Diskussionsrednerinnen als hinfällig bezeichnet wurde, weil damit eine unbegrenzte Wartezeit in Aussicht gestellt werde.

Die uns immer wieder beschäftigende Frage: wie gewinnen wir unserer neuen Organisation weibliche Mitglieder und wie sind sie ihr zu erhalten, ist von großer Wichtigkeit. Von April 1914 bis April 1916 verlor die Partei von 174 754 weiblichen Organisierten 67 618, das sind 39 vom Hundert, in Groß-Berlin im gleichen Zeitraum von 21 563 684, das sind 31,8 vom Hundert. Dies beweist, daß mit wenigen Ausnahmen,

diese rund 67 000 Frauen mit dem inneren Weien der Partei nichts gemein hatten, sonst hätten sie ihr nicht in solchen Massen den Rücken kehren können. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer besseren Schulung unierer Genossinnen, die mit dem Erwerb der Mitgliedschaft noch lange keine Sozialistinnen geworden sind.

Die gemeinsame Organisation von Männern und Frauen hat das gemeinsame Ziel Sozialisten zu erzielen, sich in den Dienst des Massenkampfes zu stellen. Aber die Gemeinsamkeit dieses Zieles darf nicht zur Schablonisierung führen. Solange die Frau in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eine Sonderstellung einnimmt, muß dieser auch innerhalb der Organisation und der Presse besondere Rechnung getragen werden.

Der Zusammenbruch der Partei bei Kriegsausbruch liegt mitbegründet in der mangelhaften sozialistischen Schulung eines großen Teiles der Parteigenossen. Uniere Arbeit muß deshalb jetzt mehr in die Tiefe als in die Breite gehen, selbst wenn dadurch uniere Werbestreit vorübergehend beeinträchtigt werden sollte, was aber noch keineswegs erwiesen ist.

Die sehr ausgiebige Diskussion brachte eine Fülle von Anregungen. Vor allen Dingen wurde einstimmig die schleunige Einberufung des Frauen-Reichs-ausschusses verlangt. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, das „Mittellungsblatt“ möge öfters die Genossinnen besonders interessierende und über Gegenwartsfragen informierende Artikel bringen. Kurz, wie sie schon einmal von Genossin Zieg abgehalten worden waren, mühten wiederum zur Schulung der Genossinnen eingerichtet werden, wenn auch jetzt durch den Zwang der Erwerbstätigkeit so vieler Frauen die Teilnahme nur gering sein könne. Dringende nötige sei, die Zeitebene nicht alle am gleichen Abend stattfinden zu lassen. Schon im Frieden sei dadurch ein fühlbarer Referentenmangel entstanden, wie viel mehr erst seit dem Kriege. Auch sei die Einheitslichung ihrer Ausgestaltung zur geistigen Förderung der Parteimitglieder notwendig, nicht wie bisher ein unmögliches Durcheinander aller möglichen Themen.

Um an die in den Fabriken Tag und Nacht frohmenden Lohnkavinnen heranzukommen, wurden Betriebsversammlungen und Agitation durch kurze, grundständig aufklärende Vorträge gefordert. Wenn in dieser furchtbaren Zeit der Not, müsse der Augenblick erfaßt werden, die Frauen mit den Ursachen ihrer Lage, ihrer Rechtlosigkeit bekannt zu machen.

Dabei soll die Forderung des Frauenwahlrechts in den Vordergrund gestellt werden.

In einem kurzem Schlusswort versprach die Referentin, daß alle hier gegebenen Anregungen bis zum Herbst nach Möglichkeit seine Gehalt annehmen sollten, und forderte auf, unermüdetlich in kleinen Kreisen zu wirken und zu arbeiten, da öffentlichen oder auch nur Mitgliederversammlungen für Frauen bis jetzt fast stets die Genehmigung verweigert worden sei. In jede ihre Pflicht an der Stelle, auf die sie gestellt ist, und aus den gleichgültigen Mitgliedern werden sich sozialistisch gesinnte Genossinnen entwickeln.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung wurde eine Resolution unter tiefer Bewegung der Anwesenden ohne Diskussion einstimmig angenommen, die dem zum Tode verurteilten Genossen Friedrich Adler Wien die warmste Sympathie und die größte Bewunderung ausdrückt und sich der Aufforderung des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, der Vollstreckung des Todesurteils entgegenzuarbeiten, anschließt. Die Genossinnen geloben, immerdar das Ideal hochzuhalten und für seine Verwirklichung zu kämpfen, das den Lebensinhalt unieres Genossen Fritz Adler bildete, und für das er sein Leben zu geben bereit ist.

Die Konferenz war besucht von 112 Funktionärinnen. Davon entfielen auf den 1. Kreis 3; 2. Kreis 9; 3. Kreis 7; 4. Kreis 26; 5. Kreis 7; 6. Kreis 15; Zeltow-Weesow 31; Nieder-Barnim 14.

Mit einem kräftig aufmunternden Schlusswort schloß die Vorsitzende, Genossin Reichert, die Konferenz.

## Aus der Bewegung.

### Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Sekretariat und Zeitungsdienst: Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Treppen, Berlin, N. 6. — Telefon: Amt Norden 9841.

Adresse für alle Zuschriften, die Gesamtpartei betreffend, und für alle Geldsendungen: Wilhelm Dittmann, Berlin, N. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Treppen.

Adresse für alle Zuschriften, die die Frauen betreffen: Luise Zieg, Berlin, N. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Treppen.

Adresse für den Zeitungsdienst: Emil Eichhorn, Berlin, N. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Treppen.

Adresse für den Kontrollauschuß: Wilhelm Bod, Gotha, Nellenberg 14.

**Berufung in der Klage gegen Richard Fischer und Genossen.** In der Klage der Genossen Däumig, John, Reid, Stadthagen, Ströbel und Wielepp gegen Richard Fischer, den Vorwärtsverlag und die Mitglieder des ehemaligen Parteivorstandes ist in der Berufungsinstantz Verhandlungstermin vor dem Kammergericht auf den 16. Oktober anberaumt. Das Urteil erster Instanz ist rechtlich unhaltbar; gibt es doch selbst zu, daß keine Entscheidung „nicht auf rechtlichen Gesichtspunkten“ beruht. Die Fortführung des Prozesses bis zur höchsten Instanz ist hauptsächlich für die Entscheidung von Bedeutung, ob auch nach Ansicht des höchsten Gerichts die wirtschaftlichen Eigentümer der „Vorwärts“-Buchdruckerei und

des „Vorwärts“, die Berliner Parteigenossen gegen eigenmächtige Entziehung ihres Eigentums durch Treuhänder rechtlich wehrlos sind, weil, wie der erste Richter meint, „nicht rechtliche Gesichtspunkte“ entscheidend sind. Wird in der Tat auch das höchste deutsche Gericht annehmen, das Eigentumsrecht sei Luft, wenn die Eigentümer nicht regierungstreu sind? Die Ansicht des höchsten Gerichts über die Verletzung von Treu und Glauben durch Treuhänder zu hören ist von großem allgemeinem Wert.

Die Berufung beschränkt sich darauf, Zahlung des Gehalts für die Zeit vom 1. Februar bis 10. April 1917 zu erlangen. Die weitergehenden Ansprüche, so lange zu zahlen bis ein entgegenstehender gemeinschaftlicher Beschluß des Parteivorstandes und der Prekominmission vorliegt, sich jeden Eingriffs in die Redaktions-tätigkeit zu enthalten usw., sind dadurch überflüssig geworden, daß ein „Partei-vorstand“ nicht mehr besteht, nachdem die als Kumpf-Partei-vorstand fungierenden Herren die Vorstandsmitglieder Genossen Bengels und Genossin Zieg gewalttätig aus dem Vorstand ausgeschaltet, und nachdem sie die früher sozialdemokratische Partei zerstückt haben. Den Klägern kann nicht mehr zugemutet werden, nachdem am 10. April 1917 die alte Sozialdemokratische Partei als Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands wieder aufgelegt ist, mit außerhalb der Organisation stehenden Herren zusammenzuarbeiten, und an einem unter Ausnutzung des Belagerungszustandes und Verletzung der Pflichten als Treuhänder formell ins regierungssozialistische Lager abgewandtem Blatt als Redakteure tätig zu sein. Die grundsätzlichen Klagen werden auch in dem jeglichen Umfange der Klage zur Entscheidung gelangen. Sie sind für die Frage, wie Schutz gegen Vertrauensmißbrauch rechtlich zu erlangen ist, von großer parteipolitischer und allgemeiner Bedeutung.

Am 6. Berliner Reichstagswahlkreis hielt der Wahlverein am Dienstag, den 5. Juni eine Versammlung in den Pharusälen ab, die sich eines guten Besuchs erfreute. Der Vorstand hatte ein Thema gewählter Natur gewählt. Genosse Däumig behandelte unter großer Aufmerksamkeit der Genossinnen und Genossen die Chartistenbewegung in England. Er führte die Zuhörer in jene Zeit zurück, in der die englische Arbeiterbewegung noch ohne ein politisches Ziel und ohne klare Erkenntnis von den gesellschaftlichen Zusammenhängen und der Triebkräfte des Gesellschaftsorganismus gegen die bestehenden Zustände aufbelebte. Er schilderte die Phasen jener Bewegung, die Verfolgungen durch die englische Regierung und die herrschende Klasse, und ihren schließlichen Ausganga, und zog daraus die Lehre, daß nur eine Bewegung mit klaren, großen Zielen eine Zukunft habe und auch nur dann haben könne, wenn die Arbeiter eingedenk seien, daß ihre Befreiung nur ihr ureigenes Werk sein könne. Die Ausführungen des Referenten wurden beifällig aufgenommen.

Der Wahlkreis Merseburg-Querfurt hat sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Eine Versammlung der Distriktsleiter beschloß in diesem Sinne. Bemerkenswert ist, daß der Kumpfpartei-vorstand dem in einem rein politischen Prozeß schon verurteilten Kreisvorsitzenden Müller legalen Rechtsschutz verweigert hat, obwohl Müller im Dienste der Partei ergraut ist, und der Bezirk dem Genossen den Rechtsschutz als ganz selbstverständlich angebilligt hatte.

Die Schweinfurter Genossen haben sich in vier Versammlungen mit den Differenzen in der Partei und mit der Kündigung des Genossen Kurt Geyer im „Wärzburger Volksfreund“ beschäftigt. Die Möglichkeit einer gründlichen Aussprache war also gegeben, und die Aussprache hat auch unter starker Beteiligung der Genossen stattgefunden. Wenn die Anhänger der Regierungssozialisten im Tone des Vorwurfs sagen, die Genossen seien zusammengetrommelt worden für die Versammlungen, so schließen sie von sich auf andere, denn niemand hat sich mehr Mühe gegeben, die Genossen, die sich etwa noch für die Scheidemann-Obert-Politik beeinflussen ließen, zusammenzubringen. Zu den von der Opposition zusammenberufenen Parteiversammlungen kamen die Genossen eben, um Stellung zu nehmen gegen eine Haltung der Parteiführer, die ihnen schon lange nicht mehr gepaßt hatte. Mit 64 gegen 2 Stimmen wurde denn auch das Verhalten des Delegierten auf der Nürnberger Vandeskonferenz gutgeheißen. Er hatte in Nürnberg für die Opposition gestimmt und war auch auf der Oberkonferenz in Gotha, wo er sich an der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei beteiligte. Das war den Versammlungsbesuchern durchaus bekannt; der Delegierte hatte es in seinem Bericht ja auch erörtert und trotzdem 64 Stimmen für ihn und seine Stellungnahme und nur 2 Stimmen gegen ihn. Einige Genossen enthielten sich der Abstimmung und nicht abgestimmt haben auch 20 als Gäste anwesende Genossen, die Sektionen aus Schweinfurt benachbarten Orten angehörten. In Konsequenz dieses Beschlusses sprach man zwei Vorstandsmitglieder, die in Würzburg für die Wärege-lung des Genossen Geyer gestimmt hatten, das Vertrauen ab und entzog sie ihrer Vorstandsposten. Nach den „demokratischen“ Mustern, die in der Kriegszeit jene Regierungssozialisten gestellt, welche aufgefordert wurden, ihre Mandate niederzulegen, erklärten auch diese kleinen Vorstandsfunktionäre, die Versammlung könne beschließen was sie wolle, sie würden nicht von ihrem Posten lassen. Das ist jetzt „demokratische Regel“ in der sozialen Demokratie der Herren Scheidemann und Konsorten.

Für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sind schon mehrere Hundert Renanahmen gemacht worden, und auch solche haben sich wieder angegeschlossen, die, angewidert von der Mehrheitspolitik, der Partei den Rücken gekehrt hatten.

Die Fortschritte unierer Bewegung in Mannheim wollen den Regierungssozialisten gar nicht behagen. Können sie diese nicht totschweigen, so wird versucht, sie zu verkleinern und ins Gegenteil umzu-

schwänden. Ein Bericht über die Gründungsversammlung der U. S. P. in Mannheim, die von 600 Genossen besucht war, und einen prächtigen Verlauf nahm, hatte es den Herren angetan. Nachdem sich die Herren vom ersten Schreden erholt, wurde in einer Mannheimer Notiz des Vorstands-Pressobureaus verkündet, daß es „keine 600 Versammlungsbesucher gewesen“, daß Teilnehmer „aus allen Orten des badisch-pfälzischen Industriegebiets erschienen“ (Donnerwetter!), aus Mannheim selbst nur ein paar neugierige Genossen sich eingefunden, keine 200 Genossen ihren Hebertritt zur U. S. P. vollzogen hätten und die Partei mit Einschluss dreier aus der Partei ausgeschlossenen Genossen bisher nur 10 Genossen durch die Gründung verloren habe. So wurde „berichtet“.

Dieser Schwindel löste mit Recht allgemeine Heiterkeit in der letzten Mannheimer Mitgliederversammlung der U. S. P. aus. Der Vorsitzende der Versammlung konnte zahlenmäßig nachweisen, daß bereits heute in 4 von 11 Mannheimer Bezirken die Mitgliederzahl der U. S. P. die der Regierungssozialisten überflügelt. Und täglich kommen zahlreiche, weitere Hebertritte und Renanmeldungen. Zehn Mitglieder wollen die Herren Mehrheitsler in Mannheim verloren haben. Da fehlten noch zwei am Duzend. Doch nicht nach Duzenden, sondern nach Hunderten zählen bereits die Hebertritte zur U. S. P., die sich zum Teil aus lang-jährigen Parteimitgliedern rekrutieren. Anarchosozialisten sollen es sein, die uniere Mannheimer Freunde organisiert. Wie der fragliche Artikelreiber zu diesem Schwindel kommt — in Wirklichkeit trat bisher nicht einer der Anarchosozialisten Mannheims der U. S. P. bei — ist sein Geheimnis. — Der Mannheimer Artikelreiber schließt: „Innerhalb der Parteiorganisation gab es keine Konflikte. Nach dem Ausscheiden der wenigen Oppositionsleute aus der Partei sind solche für die Zukunft auch nicht zu befürchten.“ Schön! Möge den Herren die wohlverdiente Ruhe vergönnt sein. Die Bewegung der U. S. P. aber wird ihre weitere Entwicklung nehmen, trotz allen Manövern der Nechten und deren Geschreibsel.

Eine unabhängige Ortsgruppe wurde in Breslau gegründet und damit der schon langgehegte Wunsch Breslauer Genossinnen und Genossen erfüllt. Es wird berichtet, daß viele, auch alte Genossen, die schon unterm Sozialistengesetz tätig waren, an der Gründungsversammlung teilnahmen und sich mit Treuen wieder in den Dienst der alten Sozialdemokratie stellten.

Berdau i. S. für die U. S. P. D. In Berdau fand eine Parteiversammlung statt, die ihren Anichluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei vollzog. Berdau gehört zu dem vom Genossen Stolle (Weisau) vertretenen 18. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Unermüdeten Sammeleifer betätigt der Redakteur der „Arbeitslosen Tagespost“, Adolf Braun. In der Zeit, da sich die Helfer in der Sozialdemokratie schieden, setzte er Himmel und Hölle in Bewegung, die sich zeigenden Nisse zu verkleinern und die heterogenen Elemente zu sammeln. Sein Sammeleifer blieb resultatlos. Jetzt scheint er der Sozialdemokratie anraten zu wollen, Sammelpolitik mit bürgerlichen Parteien zu treiben. In einer Notiz „Parteiverschlebung“ orakelt er davon, daß das deutsche Parteiwesen einige Jahre nach dem Kriege ein ganz anderes Gesicht haben werde, daß Parteizusammenfassungen und Parteiverziehungen zu erwarten seien. In allen Parteien machte sich eine pazifistische Strömung bemerkbar, die vielleicht zu einer parteibildenden Kraft nach dem Kriege werden könne. Er schließt seine Notiz mit folgenden Worten: „In den Beriegungsberiehungen hat sich die Sozialdemokratie bisher als Weisterin erwiesen. Möge sie für die Konzentrations-tendenzen im deutschen Parteiwesen nicht blind bleiben.“

Nach dem Inhalt seiner ganzen Notiz können diese Schlussworte nicht auf anders gedeutet werden, als daß Herr Braun der Sozialdemokratie anratet sich etwa mit den Liberalen zu verbinden. Vielleicht kommts noch so!

U-Boot-Begeisterung bei den Regierungssozialisten. Es wird für die U-Boot-Zwende gesammelt. Überall erscheinen große Aufrufe, die natürlich, um die Sache zugänglicher zu machen, von den „Spitzen“ der Gesellschaft unterschrieben sind. In Frankfurt a. M. haben den Aufruf neben einer großen Zahl von hohen Militärs, Kommerzianten, Juristen, Bank- und Generaldirektoren usw. auch die Herren Stadtverordneter E. Gray und Reichstagsabgeordneter Dr. Dura unterschrieben. Wieviel sie gespendet haben, wird leider nicht veröffentlicht. Es wäre immerhin nicht uninteressant, den Grad der U-Boot-Begeisterung an der Höhe der materiellen Leistungen zu messen.

In einem Aufrufe des Ortsauschusses für Stettin heißt es u. a.: „In uns allen lebt die Hebertzeugung, daß nur der rücksichtslose U-Boot-Krieg den schlimmen unserer Feinde niederzwingen vermag.“

Unter den Unterzeichnern dieses Aufrufes befindet sich auch der Redakteur des „Stettiner Volksboten“, Herbert, und der neugeborene sozialdemokratische Stadtrat Kunze, Direktor des Stettiner Konsumvereins und zeitweiliger sozialdemokratischer Abgeordneter.

Regierungssozialisten mahregeln Feldzugsteilnehmer! Die Regierungssozialisten kennen in ihrem gehässigen Kampf gegen die Vertreter des entschiedenen Sozialismus keine Scham und alle Skrupel sind ihnen fremd. Sie mahregeln in ihrer blinden Neugierig-wut nicht nur jene Genossen, die aktiv für die Opposition gegen den Sozialimperialismus tätig waren und sich damit nach ihrer Meinung „außerhalb der Partei“ gestellt haben, sie zertrümmern sogar die Existenz jener Genossen, die weder an der Oppositionskonferenz teilnahmen, noch sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei anschließen konnten, weil sie die Erfüllung ihrer Militärpflicht ins Feld geführt hat! So haben Gesellschaftler und Prekominmission des Stet-

iner Volksboten dem seit Ende 1915 zum Weeresdienst eingezogenen und in Russland im Felde stehenden Genossen seine Stellung als Redakteur des Stettiner Parteiblattes zum 1. August d. J. gekündigt. Begründend wird zwar in dem Kündigungsschreiben behauptet, daß die Kündigung nur deshalb notwendig geworden sei, weil bei dem Umfang des Blattes auch nach Friedensschluß drei Redakteure nicht mehr beschäftigt werden könnten. Tatsache ist aber, daß in der fraglichen Sitzung der Gesellschaft und Preskommission mit einem Schreiben des Genossen Heise operiert wurde, in dem dieser die Politik der Arbeitsgemeinschaft als allein die sozialistischen Prinzipien entsprechende erklärt. Daß nicht die schlechte Geschäftslage des Volksboten für die Kündigung ausschlaggebend war, beweist auch, daß mit dem Genossen Heise derjenige Redakteur gekündigt wurde, der zurzeit am längsten der Redaktion angehört, während es sich bei dem letztgenannten um einen Mann handelt, der seinerzeit nur in den Redaktionsverband aufgenommen wurde, weil er dies zur Bedingung machte, als die in seinem Privatbesitz befindliche Druckerei Parteieigentum würde. Damals war gerade diese Bedingung eine bittere Bille für dieselben Gesellschaft und Preskommissionsmitglieder, die sie nur schloßen, weil sie ihm voreilige Versprechungen gegeben hatten. Damals waren dieselben Genossen, die heute dem Genossen Heise die Kündigung ins Feld schütten, einhellig davon überzeugt, daß dieser Mann geistig völlig verbraucht sei, und durch ihren Beschluß wurden die Redaktionsgeschäfte dergestalt verteilt, daß dieser Mann seinen entscheidenden Einfluß auf die Haltung des Blattes gewinnen sollte. Erst als der Krieg die beiden anderen Redakteure zum Weeresdienst zwang, gelang es ihm, aus dem bisher sozialdemokratischen Blatt ein Regierungsorgan zu machen, und die Folge davon ist, daß die Stettiner Arbeiter an einem solchen Organ keinen Geschmack finden. Das vermehrt natürlich die durch den Krieg hervorgerufene geschäftliche Katastrophe des Blattes. Wenn also nicht diesem Mann — der übrigens als wohlhabender Hausbesitzer eine hellenlose Zeit besser ertragen könnte als ein in seinen Vermögensverhältnissen zerrütteter Feldzugsteilnehmer — gekündigt wurde, so beweist das klar, daß der Genosse Heise von den Stettiner Regierungsozialisten lediglich gemahnt wurde wegen seines treuen Festhaltens an den Prinzipien des grundsätzlichen Sozialismus.

Nach einem derartigen Vorkommnis scheinen ja die Interessen der Feldzugsteilnehmer bei den Unternehmlichkeiten in den „beiden“ Händen zu sein!

Der Wahlverein Spremberg hat sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Der Kreis Spremberg wird vom Abgeordneten Siebel vertreten.

Für den Wahlkreis Cassel-Melsungen wurde kürzlich die Bildung einer Wahlkreisorganisation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei vorgenommen. Die Gründungsversammlung war gut besucht und von besserer Stimmung besetzt. Rund 150 Genossen waren erschienen, die auch — von einigen Ausnahmen abgesehen — ihren Anschluß an die neugegründete Organisation vollzogen. Kurhessen wurde seither von den Casseler Mehrheitspolitikern völlig „beherrscht“. Nunmehr hat auch hier die Opposition festen Fuß gefaßt, sich eine feste, organisatorische Grundlage verschafft, die eine weitere Entwicklung sichert.

Die Genossen des Wahlkreises Heiligenstadt (Bezirk Erfurt) beschloßen einmütig ihren Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Die Wahlkreisorganisation zählte vor Ausbruch des Krieges rund 170 Mitglieder.

Die Internationale Korrespondenz macht sich fast täglich das Vergnügen, unsere Bewegung herabzusetzen, zu verdächtigen oder lächerlich zu machen. Wir nehmen diese Ergüsse nicht allzu tragisch, zumal sie für sich selber sprechen und weitere Verbreitung kaum finden. Neuerdings leitet sich die I. A. eine ganz besondere Infamie. Sie knüpft an eine Mitteilung an, nach welcher Genosse Neumann-Romwies nach 25jähriger Tätigkeit aus der Buchhandlung des „Vorwärts“ entlassen worden ist wegen seiner Zugehörigkeit zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Als freiwillige Verteidigerin des Parteivorstandes, dem die Buchhandlung „Vorwärts“ gehört, erklärte sie, die Entlassung sei erfolgt wegen Mangel an Beschäftigung. Neumann habe aber anderweitig verwendet werden sollen, was er abgelehnt habe. Und dann wartet die I. A. mit einem Gegenbeispiel auf, indem sie schreibt:

„Der Jugendleiter Alfons Fischer vom Jugendheim in der Brunnenstraße, der seit langen Jahren als hervorragender tüchtig auf seinem Plage anerkannt ist, erwarb sich im Kriege das Eisenerz 1. und 2. Klasse und wurde zu einem Reserve-Offizierskurs zugelassen. Das war für die Unabhängigen Sozialdemokraten für Berlin zuviel, sie entzog zur Strafe dafür seiner Frau die bisher gewährte Unterstützung von 50 Mk. monatlich. Diese Strafe für das Erz 1. Klasse ruft die Erinnerung daran wach, daß, als die Radikalen die Herrschaft im Bremer Konsumenten erlangten, der erste Beschluß, den sie durchsetzten, der gewesen ist, den im Felde stehenden Angestellten und Arbeitern die bisher gewährten Unterstützungen zu entziehen.“

Die Notiz trägt die Ueberschrift: „Gemaßregelt wegen des Eisernen Kreuzes!“

Wir stellen diesem Phantasiegebilde folgenden Tatbestand gegenüber:

Das Jugendheim in der Brunnenstraße wurde früher von Groß-Berlin subventioniert. In Rücksicht auf die immer schlechter werdenden Klassenverhältnisse in Groß-Berlin beschloß der damalige Zentralvorstand, die Unterhaltungskosten des Jugendheims den Genossen des 6. Kreises aufzubürden, und zwar gegen den Willen der Genossen. Weil die Genossen das Heim auch in der Kriegszeit aufrechterhalten wollten, legten sie sich ein besonderes Opfer in Form eines obligatorischen Extrabeitrages für das Heim auf. Durch die starken Einziehungen der Mitglieder zum

Weeresdienst verringerten sich die Einnahmen dieses Extrabeitrages. Die Kosten des Jugendheims, die sich jährlich auf etwa 6000 Mk. beliefen, blieben dieselben. Es mußten Einschränkungen in den Ausgaben erwogen werden, wenn das Heim nicht ganz aufgegeben werden sollte. Der Jugendheimleiter Fischer wurde eingezogen zum großen Bedauern der Genossen. An seiner Stelle mußte Ersatz geschaffen werden. Eine neue Ausgabe: Fischers Frau erhielt trotzdem die Hälfte des Gehalts regelmäßig gezahlt. Neuerdings aber wurde mit Fischer Rücksprache genommen und ihm die Situation klargelegt. Fischer war verständlich genug, das einzusehen — er erklärte selber, wenn er seinen Zulauf erhalte, müsse er so auch zufrieden sein. So weit ging aber der Vorstand des Jugendheims nicht. Der Fischer gezahlte Gehaltsanteil wurde auf monatlich 40 Mk. festgesetzt und auch bis heute gezahlt. Mit dem Eisernen Kreuz, das Fischer erhalten haben soll, hat diese Regelung nicht das mindeste zu tun. Es wird wenige Genossen geben, die von dieser Tatsache bisher Kenntnis hatten, und es ist eine Persiflage sondergleichen, wie die I. A. einen ganz selbstverständlichen Vorgang ausschaltet. Die Mittel für das Jugendheim werden ausschließlich von unseren Genossen aufgebracht. Es war sicherlich anerkennenswert, wenn unsere Genossen aus ihren Mitteln der Frau Fischer die Hälfte des Gehalts ihres eingezogenen Mannes gezahlt haben und heute noch einen Teil weiterzahlen, obwohl keinerlei Anrecht darauf besteht. Unsere Genossen leisten, was sie leisten können, wenn auch ihre Mittel in erster Linie für die politische Bewegung bestimmt sein müssen.

Sie deshalb in dieser Weise anzuflehen, wie das die I. A. tut, ist eine Niedertracht, aus der man sieht, daß alle Mittel recht sind, wenn es gegen die verhassten Unabhängigen geht. Anständige Arbeiter werden sich mit Ekel von solchen Feuten abwenden.

Aus Pommern. Am 3. Juni nahmen zwei pommerische Wahlkreise, Randow-Greifenhagen und Stralsund-Rügen endgültige Stellung zu den Parteidifferenzen.

In Randow-Greifenhagen, — der größte Wahlkreis in Pommern — wo der Genosse Voßherr als alleiniger Referent erschienen war, — der Parteivorstand hatte schriftlich erklärt, er distanzieren nicht mit Feuten, die nicht mehr zur Partei gehören — beschloß die Kreisgeneralversammlung nach einer ausgiebigen Diskussion, an der sich auch der Abgeordnete des Wahlkreises, A. Adrins, beteiligte, mit 44 gegen 12 Stimmen den Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Der Wahlkreis Stralsund-Rügen tagte in Stralsund. Der Ortsverein Stralsund hatte einen Antrag eingebracht, neben dem Mehrheitsredner Kunze vom pommerischen Bezirksvorstand, auch den Genossen Born, Stettin als Korreferent zuzulassen. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, in der die „Unternehmer“ den Standpunkt vertraten, daß Born nicht mehr zugelassen werden könne, weil er nicht mehr Mitglied der alten Partei sei, wurde der Antrag mit 6 gegen 6 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Darauf erklärten die oppositionellen Delegierten, daß die weiteren Verhandlungen für sie keinen Wert mehr haben und verließen unter Protest mit den oppositionellen Zuhörern die Kreisgeneralversammlung.

Die zurückgebliebenen 9 Personen haben dann über das Schicksal des Wahlkreises, der in Friedenszeiten 1580 Mitglieder zählte, und bei der letzten Reichstagswahl 5903 Stimmen aufbrachte, entschieden. Natürlich fehlte der Beschluß nicht, daß alle Mitglieder, die sich zur Opposition bekennen, aus der Partei ausgeschlossen sind.

Belagerungszustand, Zensur und Schubhaft vor dem Reichstagen. betitelt sich eine Broschüre, welche die vom Genossen Wilhelm Dittmann gehaltenen Reichstagsreden am 10. Januar, 24. Mai und 28. Oktober 1916 nach dem amtlichen Stenogramm wiedergibt. Der Einzelpreis beträgt 25 Pfennige. Die Schrift ist in der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft erschienen.

### Eine journalistische Anstandslektion für den regierungssozialistischen Parteivorstand.

Das führende Zentrumsblatt, die „Germania“, brachte dieser Tage Ausführungen über den bevorstehenden regierungssozialistischen Parteitag, in denen u. a. zu lesen war:

„Die ersten Andeutungen über den nunmehr parteioffiziell angekündigten Parteitag fielen in sozialdemokratischen Parteiversammlungen. Die Erklärung des Parteivorstandes, daß die Opposition sich durch eigene Handlungen außerhalb der Partei gestellt habe, wurde, auch von Mehrheitsanhängern, als unvereinbar mit dem Organisationsstatut der Partei bezeichnet, unter Berufung auf Bebel. Der Ausschluß der Opposition wurde überhaupt als parteirechtlich unbegründet hingestellt. Ein Parteitag wurde verlangt, der die Frage entscheide, oder es wurde — so vom neugewählten Reichstagsabgeordneten Meierfeld — zur Beschwichtigung mitgeteilt, daß die Parteileitung ihrerseits die Absicht hege, einen Parteitag einzuberufen. Inzwischen hat der Parteivorstand kraft seines Aufsichtsrechtes über die Parteipresse eine Anzahl oppositioneller Redakteure, darunter die bekannte Agitatorin Alara Zetkin, entlassen und durch „parteiessige“ Persönlichkeiten ersetzt. Diese Maßnahme rief vielfach neuen und verstärkten Unwillen hervor. Ihre Zulässigkeit hängt natürlich davon ab, ob man die „Selbstausgrenzung“ der Opposition parteirechtlich gelten läßt. In der Sozialdemokratie besitzt die Parteileitung viel größere Kompetenzen, als in irgendeiner bürgerlichen Partei, da sie außer ihren politischen Machtbefugnissen auch über die ökonomischen Fonds und Einrichtungen verfügt — teils unmittel-

bar, teils unter dem Titel „Kontrolle“ —, die in anderen Parteien Privateigentum zu sein pflegen. Dazu gehören insbesondere sämtliche sozialdemokratischen Zeitungen. Man versteht daher sowohl die Erbitterung der Opposition, wie auch die Rechtsbedenken vieler Genossen, die politisch völlig auf dem Boden der Mehrheit stehen. Die Blätter, deren Redaktionen der Parteivorstand, sei es auf Grund seines Eigentumsrechtes, sei es unter Berufung auf seine Kontrollpflicht, umbesetzt hat, schreiben jetzt das gerade Gegenteil dessen, was sie noch vor einigen Wochen vertreten haben. Scheidemann ist für Bremen, Braunschweig, Duisburg und Stuttgart aus einem Parteiverräter plötzlich zum berufenen Parteiführer geworden. Dem Parteivorstande wird daher vorgeworfen, daß er Verwirrung in die Reihen des Proletariats trage. Dabei wird zwar in ansehnlicher Weise vorausgesetzt, daß die frühere Haltung dieser Blätter einwandfrei gewesen sei; aber zugestehen muß man den Kritikern, daß das Verjahren des Parteivorstandes die Gesetze des geistigen Lebens und die Rücksicht auf die Psyche des Zeitungslesers in einer Weise beiseite wirft, wie man es sonst in der Journalistik kaum einmal erlebt hat. Indes gibt es jetzt kein Zurück; man kann nicht jemanden aus der Partei ausschließen und ihn gleich darauf zum Parteitag mit Rede- und Stimmrecht einladen. Und die Opposition — darunter sind diesmal die vom Rechtsstandpunkte Opponierenden zu verstehen — können höchstens eine platonische Kundgebung für die künftige Wiedervereinigung der Auseinandergefallenen herbeiführen.“

Wir brauchen nicht zu versichern, daß uns ein Ozean von der politischen Ueberzeugung und der Weltanschauung der „Germania“ trennt. Was hier aber vom Standpunkte allgemeiner politischer Moral und journalistischem Anstands- und Reinlichkeitsgefühl gesagt wird, verdient doch festgehalten zu werden. Freilich irgendwelche Wirkung auf die bürokratischen Gewaltmenschen, die die alte sozialdemokratische Partei zu einer regierungssozialistischen Reformgruppe gemacht haben, wird ein solches Urteil nicht haben. Dazu sind sie zu sehr in ihre Gewaltpolitik verstrickt, und das Gefühl von politischer Moral und Parteirecht ist bei ihnen völlig verdorrt. Daß die Redaktion des regierungssozialistischen Zentralorgans, die so furibund ehrpüßig tut, mit diesem Urteil aus der Feder eines bürgerlichen Journalisten, der sich noch Sinn für Berufsanstand gewahrt hat, gleichfalls an den Pranger gestellt wird, sei noch nebenher erwähnt.

### Die Kohlennot.

Kürzlich brachten sozialdemokratische Stadtverordnete im Berliner Rathaus die Kohlenknappheit zur Sprache. Der sozialdemokratische Redner schilderte die stundenlangen Bemühungen vieler Frauen und Kinder vor den Kohlenplätzen und Kohlenbahnhöfen nach Kohlen. Jetzt noch, in der Sommerzeit, sei das tagtäglich zu beobachten, und er ersuchte um Abhilfe. Vom Magistrat wurde geantwortet, es würden Beratungen gepflogen, wie abzuhelfen sei. Seitdem sind 14 Tage ins Land gegangen, die Ansammlungen vor den Kohlenlagerplätzen sind eher noch größer geworden als vordem. Es wird beraten.

Von Parteifreunden geben uns inzwischen Mitteilungen zu, aus denen hervorgeht, daß es mit der Kohlennot gar nicht so schlimm sein soll. Ein Genosse schildert uns, wie Kohlenhändler große Mengen von Preßkohlen bestimmten Personen ins Haus liefern. Da bekommt Herr Schulze 10 000 Stück, dort erhält Frau Lehmann 8000 Stück, und so fort. Er selber aber konnte keine 100 Kohlen bekommen. Er beschwerte sich beim Oberkommando. Nach einiger Zeit erhielt er eine Zuschrift, nach der er von einem bestimmten Kohlenhändler 100 Stück Preßkohlen entnehmen konnte. Die armen Frauen lausen noch heute zum Kohlenhändler einiger Kohlen wegen. Haben sie Glück, erhalten sie 30 oder 50 Stück Preßkohlen, oft gehen oder stehen sie auch vergeblich. Andere wieder bekommen 10 000 Stück ins Haus. Inzwischen wird weiter über die Kohlennot beraten. Wenn dabei nicht nur der Winter herantömmelt, ehe die Beratungen zu Ende sind.

### Die Herstellung und Verbreitung von Druckschriften.

Der Oberbefehlshaber in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung vom 1. Juni: „Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich hiermit für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg: Die Herstellung einer Druckschrift ohne die im § 6 des Gesetzes über die Presse vorgeschriebenen Vermerke der Namen und Wohnorte des Druckers und des Verlegers oder Herausgebers ist verboten. Ferner ist verboten, Druckschriften ohne die genannten Vermerke auf irgend eine Weise, sei es als Bote, Zettelverkäufer, Kolporteur oder sonst wie zu verbreiten.“

Zu widerhandlungen werden, wenn die Gesetze keine höhere Strafe bestimmen, nach Maßgabe des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand mit Gefängnis bestraft.

In gleicher Weise werden Personen bestraft, bei denen Druckschriften der vorbezeichneten Art gefunden werden, sofern aus den Umständen, insbesondere der Anzahl der vorgefundenen Stücke auf die Absicht einer Verbreitung zu schließen ist.

Diese Anordnung tritt unter Aufhebung meiner Bekanntmachung vom 10. März 1916 sofort in Kraft.“

Berantw. Redakteur: C. Leib; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.  
Druck: Mauter & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.